

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950 1950

109 (20.5.1950)

UNSER TAG

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 433 38. Chefredakteur: Hermann Jerrentrup. Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12, Fernruf 3248. Vertriebsstellen: Offenburg, Friedrichstraße 42. Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lörrach, Feldbergstraße 7; Konstanz, Hussenstraße 42.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,66 zuz. DM -34 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 4477, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in all. Vertriebsstellen.



Jahrgang 5 / Nr. 109

Samstag, 20. Mai 1950

Preis 15 Pfg.

Volle Rechte für die Jugend in der DDR

Regierungserklärung zur Reparationsherabsetzung und zur Londoner Konferenz

Berlin. (EB.) Auf der Mittwoch-Sitzung der provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik wurde das Volljährigkeitsalter der Jugendlichen durch Gesetz vom 21. auf das 18. Lebensjahr herabgesetzt.

Justizminister Fechner (SED) wies darauf hin, daß in allen Staaten die Jugend vom 18. Lebensjahr an die vollen Verpfichtungen des Staatsbürgers auf sich nehmen muß, während nur in den fortschrittlichen Ländern ihr auch gleichzeitig die vollen Rechte zugewilligt werden.

Die hervorragenden Leistungen gerade der Jugend beim Wiederaufbau in der DDR, so erklärte der Minister, verpflichten den Staat, den Jugendlichen nunmehr auch ihre Bürgerrechte uneingeschränkt zu gewähren.

Der 22jährige Bürgermeister von Leipzig, Abg. Gerlach (LDP), drückte anschließend am Namen aller Fraktionen die Zustimmung zu diesem fortschrittlichen Gesetz aus. Einstimmig dankte die Volkskammer der Sowjetunion für die großzügige Herabsetzung um die Hälfte der Reparationsleistungen und die Hälfte, Anton Ackermann (SED), Staatssekretär im Außenministerium, zeigte in der Diskussion auf, daß die bisher geleistete Reparation die Substanz der deutschen Wirtschaft in der DDR nicht angegriffen habe, sondern daß im Gegenteil die Produktion auf allen Gebieten anstieg und weiterhin steigt.

Im Geist des Potsdamer Abkommens und aller anderen gemeinsam abgeschlossenen Verträge über Deutschland widersprechen Sie sind daher völkerrechtswidrig. Das deutsche Volk wird sie niemals anerkennen.

Nationalrat fordert Volksentscheid

90 Proz. der westdeutschen Montan-Industrie in Händen der Besatzung

Berlin. (EB.) Der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland fordert in einer Entscheidung, daß endlich auch in Westdeutschland die Deutschen durch Volksentscheid über die Besitzverhältnisse in der Schwerindustrie entscheiden. In der DDR wurden diese Betriebe bekanntlich schon vor Jahren in Volkseigentum überführt, während in Westdeutschland sogar rechtsgültige Entscheidungen dieser Art (Volksabstimmung in Hessen 1946 und Landtagsbeschlüsse in Nordrhein-Westfalen 1947 durch Besatzungsverbote annulliert wurden.

Die Entscheidung des Nationalrates wurde akut durch den von der französischen Regierung vorgebrachten amerikanischen Plan auf ein Einheitskartell der deutsch-französischen Stahlkönige, und durch das von den Amerikanern herbeigeführte „Neue Gesetz 75“, das die dauernde Unterstellung der westdeutschen Schwerindustrie unter das Besatzungsregime sichern soll.

Grotewohls Regierungserklärung vor der Volkskammer

Berlin. (EB.) Den Dank der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierung der Sowjetunion und die Republik Polen für die Senkung der noch verbleibenden Reparationsverpflichtungen um die Hälfte, stattete Ministerpräsident Otto Grotewohl in einer Regierungserklärung auf der 16. Sitzung der provisorischen Volkskammer ab. Gleichzeitig erklärte der Ministerpräsident im Namen der Regierung, daß die Londoner Abmachungen der Außenminister der imperialistischen Mächte über Deutschland dem Wortlaut und

Gebt den Abgeordneten Ludwig Landwehr frei!

Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunität des Bundestages stellt fest, daß das Plenum die unverzügliche Freilassung verlangen muß

Bonn. Einmütig vertritt der Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunität des Bundestages die Auffassung, daß das Plenum von der britischen Besatzungsmacht die unverzügliche Freilassung des Abg. Landwehr verlangen muß. Der Grund, aus welchem seine Verhaftung und Verurteilung erfolgte, sei für die Deutschen nicht ausschlagend. Entscheidend sei die Tatsache, daß die Immunität eines deutschen Abgeordneten und damit das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Niedersachsen durch Organe der Besatzungsmacht mißachtet worden sei.

Der Ausschuß vertritt die Auffassung, daß sich die Besatzungsmächte verpflichtet haben, die Beachtung des Grundgesetzes und der Landesverfassungen und damit die Immunität der deutschen Abgeordneten sicherzustellen. Dieser Standpunkt müsse besonders betont werden gegenüber einem Antwortschreiben auf eine Eingabe des niedersächsischen Landtages an das britische Un-

Geschlossen war der Ausschuß auch der Auffassung, daß dem Falle Landwehr eine große politische Bedeutung zukomme. Die Verurteilung des deutschen Abgeordneten durch ein britisches Gericht sei wegen „Verächtlichmachung der Besatzungsmacht“ erachtlich und sei so dehnbar, daß, wenn er zur Grundlage der britischen Praxis werden sollte, ein Bundestagsabgeordneter von der Parlamentstrübe hinweg verhaftet werden könne, weil er irgendwelche mißbilligende Äußerungen gegenüber Maßnahmen der Besatzungsmacht gemacht habe.

Alle guten Deutschen müssen sich zusammenschließen, um die Freilassung des zu Unrecht verurteilten und inhaftierten Abg. Landwehr der britischen Besatzungsmacht zu erkämpfen.

Kaiser muß bestätigen

Bonn. Der Propagandist gegen das Deutschlandtreffen in Berlin, Jakob Kaiser, wurde auf einer Pressekonferenz gefragt, ob

Alliierte Sprecher erklärten am Mittwoch laut dpa, vor der Presse in Bonn, daß sich nunmehr 90 bis 95 Prozent der westdeutschen Montan-Industrie unter alliierter Kontrolle befinden.

Das neue Gesetz Nr. 75 verkündet

Bonn. (EB.) Die westalliierte Hohe Kommission hat am Mittwoch das neue Gesetz Nr. 75 zur Neuordnung der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie verkündet. Gegenüber dem ursprünglichen Text des Gesetzes Nr. 75 sind in der Neufassung zwei wesentliche Änderungen vorgenommen worden. So werden die früheren Eigentümer und Aktionäre der unter das Gesetz Nr. 75 fallenden Konzerne voll entschädigt und zum Teil als Aktionäre der neu zu bildenden Kapitalgesellschaften eingesetzt. Ferner sieht das neue Gesetz einen wesentlich erweiterten Schutz der ausländischen Interessen an den westdeutschen Konzernen vor, als es im ersten Gesetz Nr. 75 der Fall war.

Vereint für den Sieg des Friedens

Landeskongreß der Friedenskämpfer in Südbaden — Delegierte der südbadischen Bevölkerung in Freiburg Auftakt zu einer Offensive der südbadischen Friedensfreunde

Freiburg. (EB.) Zum Wochenende werden im Saal der Harmonie in Freiburg die gewählten Vertreter von tausenden südbadischen Freiheitskämpfern zu einem Kongreß zusammenkommen. Die schamlose Hetze von Regierungsvertretern und Politikern aus dem Marshallplan-Kriegslager gegen jene verantwortungsbewußten Menschen, die sich nicht in ein neues Massensterben hineintrei-

ben lassen wollen, ist ohne Wirkung geblieben.

Bedeutende südbadische Betriebe, überparteiliche Massenorganisationen, Gewerkschaftsgruppen, VVN, FDJ, Sportvereine und andere Organisationen wählten ihre Delegierten, unter denen sich bekannte Persönlichkeiten aus der Arbeiterschaft, aus dem Mittelstand und der Intelligenz befinden.

Der Landeskongreß wird seine Arbeit auf der Grundlage der Stockholmer Beschlüsse durchführen. Diese wenden sich an die gesamte Menschheit, aber besonders an die Millionen Menschen, die bisher noch nicht von der Weltfriedensbewegung erfaßt wurden. Dies geht auch aus dem Aufruf zur Anberaumung des zweiten Weltfriedenskongresses, der im vierten Quartal 1950 in Italien stattfinden wird, hervor. In diesem Aufruf heißt es u. a.:

„Wir wenden uns an alle sozialen und religiösen Gruppen, sowie Kulturschaffenden an alle ehrlichen Menschen, die — unabhängig von der Art ihrer Ansichten, über die Ursachen der jetzt entstandenen gespannten internationalen Lage — hierüber Unruhe empfinden und ernsthaft eine Wiederherstellung der friedlichen Beziehungen zwischen den Völkern wünschen.“

Auf dieser Grundlage werden die Delegierten im Rahmen des Freiburger Kongresses Gelegenheit haben, ihre Erfahrungen im Kampf für den Frieden auszutauschen und

über ihre Tätigkeit und die Erfolge der Friedensbewegung in Südbaden, die von Tag zu Tag durch neue Friedenskämpfer verstärkt wird, zu berichten. Der Kongreß wird sich mit der Weltaktion zur Sammlung von Unterschriften für das Verbot der Atomwaffe gemäß den Stockholmer Beschlüssen befassen und den Friedenskämpfern in Südbaden das Ziel stellen, die südbadische Bevölkerung für diese Beschlüsse zu gewinnen und auch Südbaden zu einer Festung des Friedens auszubauen.

Es ist kein Zufall, daß dieser Kongreß in Freiburg stattfindet. Gerade diese Stadt, die in einer Nacht durch einen Terrorangriff Tausende von Einwohnern verloren und in deren Stadtbild der letzte Krieg fast unheilbare Wunden geschlagen hat, mahnt unsere gesamte Bevölkerung, alles zu tun, daß nicht ein neuer Krieg unsere Heimat zur Wüste werden läßt.

So ist das bedeutendste südbadische Ereignis an diesem Wochenende der Landesfriedenskongreß, an dessen Verlauf alle friedliebenden Menschen in Südbaden, gleich welcher Parteiparität und Konfession, interessiert sind. Wer es mit dem Frieden ehrlich meint, wird diesem Kongreß bestes Gelingen und vollen Erfolg wünschen.

Es lebe der Kampf für den Frieden!

Es lebe die Weltfriedensbewegung!

Vorwärts bei der Unterschriftenaktion zum Verbot der Atomwaffe!

Der Kalte Krieg muß beendet werden

Pressekonferenz Trygve Lie's in Moskau

Moskau. (EB.) Auf einer Pressekonferenz im Moskauer Informationsbüro der UN erklärte der Generalsekretär der UN, Trygve Lie über seine Besprechungen mit Generalsekretär Stalin, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Molotow, Außenminister Wyschinski und dem stellvertretenden Außenminister Gromyko, er sei äußerst freundlich aufgenommen worden und er habe einen positiven Gedanken- und Meinungsaustausch gehabt. In den Unterredungen seien die allgemeine internationale Lage, die Frage der Vertretung der Volksrepublik China bei der UN und der sogenannte „kalte Krieg“ erörtert worden. Die Bemühungen um Frieden seien der Unterton bei allen Besprechungen gewesen.

Ferner habe man die Frage der Abhaltung von periodischen Sitzungen des Sicherheitsrates und das Problem der Kontrolle der Atomenergie behandelt. Einzelheiten über die Besprechungen könne er nicht mitteilen, da diese vertraulich behandelt werden müßten, um angesichts der bestehenden Lage bei der Lösung komplizierter Probleme Ergebnisse zu erzielen.

Auf die Frage, inwieweit er von den Unterredungen mit den Staatschefs in den Hauptstädten der vier Großstädte befriedigt sei, müsse er erwidern, daß der Generalsekretär der UN erst dann zufrieden sein könne, wenn die Organisation der Vereinigten Nationen wieder normal arbeiten, der „kalte Krieg“ beendet ist und friedliche Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten hergestellt sind. Lie wiederholte seine Erklärung, daß er von seiner Reise keine sofortigen Ergebnisse erwarte, sondern sie als eine notwendige Vorbereitungsarbeit ansehe.

Trygve Lie, der am Freitag Moskau verlassen hat, wurde am Tage vorher von Außenminister Wyschinski empfangen.

Dulles fordert neue Methoden des „Kalten Krieges“

Der republikanische Berater des amerikanischen Außenministeriums, John Foster Dulles, forderte dringend, neue Methoden der

Führung des kalten Krieges anzuwenden, allerdings ohne zu sagen, wie diese aussehen sollen, „um eine Lage abzuwenden, die er als eine im Verlieren begriffene Schlacht bezeichnete“. Im kalten Krieg könne die Sowjetunion „alles gewinnen, was sie in einem Schiefekrieg gewinnen könnte, vielleicht mehr“, sagte er. Dieser Ausspruch beweist einmal mehr, daß die Sowjetunion am Frieden interessiert ist, während die Imperialisten auf einen Krieg dringen, weil sie am Frieden ersticken.

USA-Monopolisten rechnen weiter nur mit Provisorien

Ein großer Teil dessen, was auf der Londoner Konferenz der westlichen Außenminister beschlossen wurde, sei wieder nur ein Provisorium, schrieb der Korrespondent der „New York Times“, Drew Middleton, in einem Artikel am 14. 5. Mit den Worten, daß die Ergebnisse in Deutschland und Europa seit 1945 internationale schriftliche Vereinbarungen

über den Haufen geworfen hätten, gab der Korrespondent zu, daß sich die USA nicht an ihre internationalen Verpflichtungen hielten. Wenn irgendwelche, wenn auch noch so geringfügige Konzessionen — an die Aussenregierung gemacht würden, dann würden diese „von den Erfordernissen der europäischen Lage diktiert werden.“ die vor kurzem durch die Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik „kompliziert wurde“.

Unterschriftensammlung für den Frieden in Oesterreich

Wien. (EB.) Die Unterschriftensammlung für den Frieden nimmt in Oesterreich die Form einer Friedenskundgebung des ganzen Volkes an, schreibt die „Oesterreichische Volksstimme“. Innerhalb von fünf Tagen haben sich rund 10.000 Wiener und zehntausende in anderen Städten und auf dem Lande mit ihrer Unterschrift zum Verbot der Atomwaffe bekannt.

Neuer Versuch zur Unterhöhlung der UN

„Prawda“ über die Außenministerkonferenz der Westmächte

Moskau. Die „Prawda“ stellt in ihrer Mittwoch-Ausgabe fest, daß die Außenministerkonferenz der Westmächte in London einen weiteren Versuch zur Unterhöhlung der UN dargestellt habe. Die Konferenz lasse eine weitere Verschärfung der aggressiven, britisch-amerikanischen Politik und des Kalten Krieges erwarten. Zu der Atlantikpakt-Konferenz in London schreibt die „Prawda“, die Kriegshetzer planten jetzt den direkten Einbau Westdeutschlands in den Atlantikpakt. In diesem Zusammenhang müsse man auch den Schuman-Plan betrachten.

1946 seien 18 japanische Bakteriologen nach den USA gebracht worden. Außerdem befänden sich die Unterlagen über die Bakterienkriegführung, die General McArthur von den mit der Vorbereitung des Bakterienkrieges beauftragten japanischen Generalen Ischii und Kassaraha erhalten habe, in den USA. Ferner sei der amerikanischen Regierung eine Liste der Personen übermittelt worden, die sich in Japan mit bakteriologischen Forschungen beschäftigten.

Bereiten die USA den Bakterienkrieg vor?

Moskau. Die sowjetische Wochenzeitschrift „Neue Zeit“ beschuldigt die Vereinigten Staaten, mit Hilfe japanischer Spezialisten den Bakterienkrieg vorzubereiten. Seit dem Jahre

Gewerkschaften gegen Verbot der KP

Melbourne. Der z. Zt. in Melbourne tagende Gewerkschaftskongreß forderte das Parlament auf, die Gesetzesvorlage zum Verbot der Kommunistischen Partei abzulehnen. Die Vorlage widerspreche der normalen Rechtsauffassung.

Im Streiflicht gesehen

Bagdad von Ueberschwemmung bedroht

Bagdad. Infolge wochenlangem schwerem Regenfälle ist das Wasser des Tigris außerordentlich angestiegen und die irakische Hauptstadt Bagdad von einer Ueberschwemmung bedroht. Die Stadt ist bereits von allen Seiten vom Wasser umschlossen, etwa 80 qkm Ackerland sind überschwemmt. Am Mittwoch begannen Ingenieure mit der Sprengung von Deichen, um die Gefahr von der Stadt abzuwenden, während an anderen Stellen die Bevölkerung, Soldaten und Polizisten die Deiche durch Sandsacke erhöhen.

Bisher wurden etwa 3000 Häuser in der Umgebung der Stadt vom Wasser weggerissen. Die Bevölkerung Bagdads ist bereits damit beschäftigt, ihre Habseligkeiten in Sicherheit zu bringen.

Nach amerikanischem Vorbild Gangsterbande aus dem Ruhrgebiet vor Gericht

Duisburg. Vor der Großen Duisburger Strafkammer begann ein Prozeß gegen die zehnköpfige Urbanski-Bande aus Oberhausen, die nach amerikanischem Muster mit 18 nachgewiesenen großen Raubüberfällen und Einbruchdiebstählen eine der gefährlichsten Gangsterbanden der Nachkriegszeit im Ruhrgebiet war. Unter der Führung von Alois Urbanski, einem früheren Transportunternehmer, führten die Angeklagten von 1947 bis 1949 in mehreren Städten dreiste Wildwest-Stücke aus. So drangen sie einmal nach Ladenschluß maskiert in ein Kölsch-Geschäft ein und raubten die Tages-

kasse mit 12.000 DM: Der größte geplante Raubzug, ein Ueberfall auf einen Lohngeld-Transport, mißlang. Der Transport von 120.000 DM war von Polizei begleitet, die beim Erscheinen der Banditen sofort das Feuer eröffneten.

Besatzungssoldaten vor dem Kriegsgericht

Heidelberg. Vor einem Heidelberger Kriegsgericht begann eine Verhandlung gegen vier amerikanische Besatzungsangehörige, die im Februar eine deutsche Frau vergewaltigt und eine andere Frau sowie zwei deutsche Männer niedergeschlagen und beraubt haben.

16 Tote bei einem Flugzeugunglück

Shreveport (Louisiana). Am Donnerstagsmorgen kamen 16 Insassen einer Super-Festung der amerikanischen Luftstreitkräfte ums Leben. Die Maschine prallte bei der Landung auf und wurde vollkommen zerstört.

Glück gehabt

Oberhausen. Ein Omnibus fuhr am Donnerstag früh in Oberhausen-Sterkade (Nordrhein-Westfalen) gegen die Front eines Hauses, durchbrach die Wand und kam erst im Schlafzimmer einer Familie zum Stehen. Obwohl die Betten gegen die Rückwand des Zimmers geschoben wurden, erlitten die unsant aus dem Schlaf geweckten beiden Einbewohner keine lebensgefährlichen Verletzungen.

Wieder Bosch-Betriebsrat fristlos entlassen

Stuttgart. (EB) Die Bosch-Direktion hat am Mittwochmittag kurz vor Betriebschluss den zweiten Vorsitzenden des Betriebsrates, Koll. Knoblich fristlos entlassen. In der Begründung der Entlassung wird die parteipolitische Tätigkeit Knoblichs zum Vorwand genommen, um entgegen Recht und Gesetz den gewählten Vertreter der Belegschaft auszuschalten.

Nach der vor kurzem erfolgten Entlassung des Koll. Hildwein unternimmt die Direktion jetzt den nächsten Schritt, um die Arbeiter und Angestellten des Werkes ihrer gewählten Interessenvertretung zu berauben. Vor der neuen Betriebsratswahl soll die Belegschaft kusch gemacht werden, damit ein der Direktion genehmer Betriebsrat gewählt wird. Obwohl die Direktion mit diesem Schritt Verfassung und Betriebsrätegesetz mit Füßen tritt, glaubt sie so durchzukommen. Die Kommunisten schlägt sie, und die Gewerkschaften meint sie.

550 Studenten fahren nach Berlin

Dresden. (EB) 550 Studenten der technischen Hochschule in Dresden werden am Deutschlandtreffen der Jugend zu Pfingsten in Berlin teilnehmen. Sieben Studenten, die sich durch ihre Arbeit besonders ausgezeichnet haben, wurden zum Kongress der jungen Friedenskämpfer in Berlin delegiert. Die Studenten, Dozenten und Professoren der technischen Hochschule Dresden haben bisher rund 16 000 DM zur Finanzierung des Deutschlandtreffens aufgebracht.

Prompte Bedienung

Bonn (nach dpa). Der französische Planungsminister Jean Monnet wird bereits Mitte nächster Woche mit Adenauer in Bonn zusammentreffen, um über die Einzelheiten des Zusammenschlusses der westdeutschen und französischen Schwerindustrie zu verhandeln. Vorher wird Monnet mit den alliierten Hohen Kommissaren sich besprechen. Adenauer hat bereits Arbeitstäbe und Sachverständigen-Ausschüsse für den Schuman-Vorschlag beschäftigt.

(Vst.) Räder müssen rollen für den Krieg, könnte man auch bei diesem Eiltempo sagen, mit dem die französischen und deutschen Regierungsstellen arbeiten.

„Fürsorge“ der Schweiz

Hja Ehrenburg bedankte sich für Schweizer „Gefühlschaft“

In Brüssel schenkte man dem bedeutenden sowjetischen Schriftsteller Hja Ehrenburg immerhin soviel Aufmerksamkeit, daß man ihm die Gelegenheit bot, einen literarischen Vortrag zu halten, dem sogar die Königinmutter von Belgien beiwohnte. Anders verhielt man sich ihm gegenüber in der Schweiz. Derselbe schweizerische Bundesrat, der es mit der „Neutralität“ seines Landes vereinbaren konnte, im Herbst 1946 Churchill die Gelegenheitsrede geben, an der der Züricher Universität eine seiner kriegshetzerischen Brandreden zu halten; derselbe Bundesrat, der nichts dagegen einzuwenden hatte, daß führende Alliiertenkriegsstrategen wie Montgomery und Spaatz im schweizerischen Festungsgebiet spazieren gingen, machte den Aufenthalt des großen Friedenskämpfers Ehrenburg davon abhängig, daß er sich in einer schriftlichen Erklärung dazu verpflichtet, sich jeder politischen Tätigkeit zu enthalten, in besonderen keinerlei Vorträge zu halten, weder an öffentlichen oder geschlossenen Versammlungen zu erscheinen, noch Pressekonferenzen zu geben.

Doch Hja Ehrenburg war darüber nicht verlegen und sagte einem Korrespondenten der Genfer Arbeiterzeitung „Volx Ouvrière“ — ohne daß es deshalb notwendig war, eine ihm verbotene Pressekonferenz einzuberufen: „Ich glaube, Ihren Behörden viel Dank zu schulden. Nirgends auf der Welt hat man sich mir gegenüber so fürsorglich gezeigt. Man sah, daß ich müde war und wollte mir Gelegenheit zu vollständiger Ruhe geben. Dafür scheint die Abenluft vorzüglich zu sein, zweifellos besser als diejenige in den Versammlungssälen, sogar der literarischen.“

Jugend von Hiroshima und Nagasaki fordert das Verbot der Atomwaffe

Die Jugend von Hiroshima und Nagasaki hat einen zu Herzen gehenden Appell für das Verbot der Atomwaffe an die Jugend der Welt gerichtet:

„Fast fünf Jahre sind verstrichen, seit unsere Städte durch die Atombombe dem Erdboden gleichgemacht wurden. In unseren Herzen brennt aber immer noch ein grenzenloser Haß gegen die Atombombe, die von einem Augenblick zum anderen unsere Eltern, unsere Brüder, unsere Schwestern getötet oder verkolht hat. Wir sind mit knapper Not dem Tod entronnen und haben gesehen, wie Hiroshima in eine Flammenmeer verwandelt wurde. Die ganze Stadt brannte mehrere Tage lang. Junge Mütter sind mit ihren Kindern im Arm gestorben. Die Atombombe hat die Hölle auf Erden geschaffen. Die beiden Atombomben vernichteten Hunderttausende von wertvollen Menschenleben, glückliche Heimstätten und fruchtbare Felder. Jungen und Mädels der ganzen Welt! Hört den Appell derjenigen, die selbst die Schrecken des Atomkrieges kennenlernten und unterzeichnet zu Hunderten von Millionen den Aufruf von Stockholm, den Aufruf des Friedens, den Aufruf des Lebens.“

Generalstreik in Bolivien ausgerufen

La Paz. Der bolivianische Gewerkschaftsbund hat einen Generalstreik ausgerufen. Der Generalstreik ist die Antwort der Gewerkschaften auf die Verhängung des Ausnahmezustandes durch die Regierung. Die Verhängung des Ausnahmezustandes folgte dem Ausbruch eines Streiks, der nach der durchsichtigen Ansicht der Regierung aus politischen Gründen von Kommunisten und Linksradikalen angezettelt wurde. Die streikenden Gewerkschaftler hatten eine 60prozentige Lohnerhöhung, Familienzulagen und eine Amnestie für politische Gefangene und Verbannte gefordert. (nach Reuters).

Die Sowjet-Union hilft Deutschland

Herabsetzung der Reparationen liegt im Interesse des ganzen deutschen Volkes — Reparationsleistungen an die Westmächte bisher 14,8 Milliarden

Die Regierung der Sowjetunion ist den Wünschen der deutschen Bevölkerung weitgehend entgegengekommen mit der Kürzung der Reparationsleistungen um 30 Prozent. Die restliche, noch zu zahlende Reparationssumme beträgt somit nur 3,17 Milliarden Dollar. Sie braucht auch nicht entrichtet zu werden aus der wirtschaftlichen Substanz des deutschen Volkes; die Abzahlung der Reparationschuld geschieht durch Warenlieferungen aus der laufenden Produktion, die auf 16 Jahre verteilt wird und somit nur eine durchschnittliche Jahresleistung von 0,21 Milliarden Dollar erfordert.

Diese Herabsetzung der Reparationen, die im Interesse des ganzen deutschen Volkes liegt, wird nun von den ausländischen Imperialisten und ihren Helfershelfern in Westdeutschland zu einer neuen Hetzkampagne gegen die SU benutzt. Den Kriegshetzern ist eben jedes Mittel recht, wenn es nur ihren dunklen Plänen nutzt. Keine bürgerliche Presse in Westdeutschland weist in diesem Zusammenhang auf die bisher an die Westmächte geleisteten ungeheuren Reparationssummen hin.

Der Wert der beschlagnahmten deutschen Erdölreserven wird allein auf mehr als zehn Milliarden Dollar geschätzt, hinzu kommen in runden Zahlen zwei Milliarden Dollar für

die beschlagnahmte deutsche Handelsflotte, die beschlagnahmten Auslandsguthaben werden allgemein auf 2,1 Milliarden Dollar taxiert. 220 000 kg Gold ergeben 600 Millionen Dollar, hinzu kommen etwa noch 100 Millionen Dollar als Ergebnis der Edelmetall- und Edelmetallsammlungs-Operation Sparkler. Fügt man zu diesen Summen noch eine Milliarde für die beschlagnahmten Maschinen und Betriebe hinzu, dann ergibt sich eine Reparationsleistung von 14,8 Milliarden Dollar, die von englisch-amerikanischer Seite aus dem deutschen Volksvermögen entnommen wurden. Diese Angaben sind der „Berliner Zeitung“, vom 16. November 1947 entnommen, die sich dabei auf das britisch-licenzierte „Handelsblatt“ in Düsseldorf stützt.

Die Marshallplan-Politik des westdeutschen Separatstaates hat unserer Wirtschaft eine ungeheure Schuldenlast auferlegt. Die Schuldsumme ist dabei nicht einmal fest umrissen, die Höhe beträgt nach Angaben bürgerlicher Wirtschaftler über 13 Milliarden DM. Einzelne Angaben liegen sogar bei 24 Milliarden DM. Außerdem muß die westdeutsche Bevölkerung jährlich 4,5 Milliarden DM Besatzungskosten aufbringen. Auch die Demontage der Betriebe in Westdeutschland ist noch nicht abgeschlossen und die Be-

schränkungen, die dem westdeutschen Handel auferlegt sind, kosten uns jährlich Milliarden DM.

Von den Westmächten ist die endgültige Reparationsforderung noch nicht einmal festgelegt, man läßt die Frage offen für den irgendwann einmal abzuschließenden Friedensvertrag. Die Sowjetunion hat von Anfang an über die geleisteten Reparationen genauestens Buch geführt. Dadurch ist es möglich, die bisher geleisteten Reparationen genau anzugeben. Sie werden bis zum Ende des Jahres 1950 aus dem Gebiet der DDR 3,658 Milliarden Dollar betragen. Die erfolgreiche Durchführung des Zweijahrplanes sichert einen allgemeinen Aufschwung der Wirtschaft der DDR, sodaß bereits im Jahre 1950 im Gesamtumfang der industriellen

Produktion der Vorkriegszeit von 1936 wieder erreicht wird. Die Regierung der Sowjetunion fördert den Aufbau der demokratischen Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik.

Demontagen in der DDR sind, wie im Potsdamer Abkommen festgelegt, schon seit langem abgeschlossen, im Gegensatz zu Westdeutschland. Dem Außenhandel der DDR werden keine Beschränkungen auferlegt, er wird im Gegenteil von Seiten der Sowjetunion mit allen Mitteln gefördert.

So entwickelt sich die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik in enger Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern ohne Arbeitslosigkeit und ohne Schuldenlast ständig aufwärts und wird damit den westdeutschen Arbeitern und den Werktätigen in allen kapitalistischen Ländern den Beweis erbringen, daß die demokratische Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik allen Werktätigen Lebensfreude und gesicherten Wohlstand bringt. H. H.

„Das deutsche Volk ist für den Frieden“

Thomas Mann über seine Eindrücke in der Deutschen Demokratischen Republik

Paris (NL) Thomas Mann, der große deutsche Dichter, der seit langem in Paris über seine Eindrücke, die er bei seinem Besuch in der Deutschen Demokratischen Republik gewonnen hat, befragt, erklärte er in einem Interview dem Reporter der französischen Zeitung „Humanité“: „Ich wurde in Weimar mit einer solchen Herzlichkeit empfangen, die ich allein in Paris wiederfand. Ich wurde zum Ehrenbürger der Stadt ernannt und erhielt den Goethepreis. Man hat mir bei dieser Gelegenheit Geschenke von unermeßlichem Wert überreicht, darunter Manuskripte, die anlässlich meines 75. Geburtstages in der Universität Yale (USA) ausgestellt werden. Es ist schwer, so sagte Thomas Mann weiter, ein Urteil über die Atmosphäre im demokratischen Teil Deutschlands zu fällen. Sie wissen, so sagte Thomas Mann, ich bin kein Kommunist, aber ich werde nie den Gedanken derer folgen, die Kommunismus und Faschismus in dieselbe Tasche stecken möchten.“

Über seine Stellung zum westdeutschen Separatstaat befragt, erklärte Thomas Mann, daß er viele Briefe erhalte, die be-

weisen, daß die Bonner Regierung nicht beliebt ist und diese Unbeliebtheit insbesondere mit den schweren sozialen Bedingungen in Westdeutschland zusammenhängt. „Die bedauernde internationale Konjunktur, der Konflikt zwischen Ost und West haben als Folge, erklärte Thomas Mann, daß England und die USA aus Angst vor dem Kommunismus dazu übergehen, sich mit dem Faschismus zu befreunden. Ja, sie betrachten ihn als Waffengefährten und unterstützen die gewalttätigen in Westdeutschland, von denen ich gezwungen bin, zu sagen, daß sie die schlechtesten sind.“

Thomas Mann sagte abschließend, daß er fest davon überzeugt ist, daß der größte Teil des deutschen Volkes gegen eine Wiederaufrüstung Westdeutschlands und für den Frieden ist. Der große deutsche Dichter, der vor kurzem die Stockholmer Beschlüsse der Friedenskämpfer unterzeichnet hatte, erklärte weiter: „Man kann nur von ganzem Herzen diesen Versuch der Völker, den Krieg zu verhindern, unterstützen.“

„Bahnbrechende Tat für deutsche Einheit“

Gesamtdeutsche Bauerntagung in Eisenach — Teilnehmer aus Westdeutschland

Eisenach. (EB) „Von der Landwirtschaft muß die bahnbrechende Tat zur Wiederherstellung der deutschen Einheit ausgehen“, erklärte der niedersächsische Landwirtschaftsminister Dr. Gercke zu der ersten gesamtdeutschen Bauerntagung, die am 18. Mai in Eisenach eröffnet wurde. Unter den insgesamt 900 Teilnehmern befanden sich neben Vertretern aller Schichten der werktätigen Bauernschaft, besonders auch aus Westdeutschland, zahlreiche Agrarwissenschaftler von unbekanntem Ruf. Von der Tagung, für die in Hannover und Schierke die Vorarbeiten getroffen wurden, werden praktische Vorschläge für ein gemeinsames Vorgehen in allen, die deutsche Landwirtschaft betreffenden Fragen erwartet.

Bauer Richard Scheringer aus Ingolstadt (Bayern) appellierte an die Teilnehmer der Tagung, sich in ihrem ganzen Handeln allein den Interessen des deutschen Volkes

unterzuordnen. Durch gemeinsame Kraft müsse erreicht werden, daß sich die Bonner Regierung und die westlichen Besatzungsmächte nicht mehr weiter über die Not der deutschen Landwirtschaft hinwegsetzen können. Die Landwirtschaft der Westzonen müsse vor den verheerenden Nachwirkungen der „Liberalisierungs-Politik“ geschützt werden.

Otto Grotewohl gründet die Tagung

Berlin. (EB) Der Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik und Ministerpräsident Otto Grotewohl richtete Begrüßungsschreiben an die Eisenacher Tagung der gesamtdeutschen Land- und Forstwirtschaft. In dem Schreiben wird unter Hinweis auf die Anwesenheit vieler Vertreter aus Westdeutschland unterstrichen, daß die Tagung einen wertvollen Beitrag zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands leistet.

Neuer Beitrag zur Sache des Friedens

Der Moskauer Rundfunk über die Herabsetzung der Reparationen

Moskau. (ADN/EB) „Der Beschluß der Sowjetregierung zeigt die hohe Achtung des Sowjetvolkes für die Interessen des deutschen Volkes, das für die Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschland kämpft“, heißt es in einem Kommentar des Moskauer Rundfunks zu dem Beschluß der Sowjetregierung, die Reparationszahlungen Deutschlands herabzusetzen. Die Sowjetregierung habe sich in ihrer Einstellung zum deutschen Volke niemals von Rachegefühlen leiten lassen. Die offene und klare Reparationspolitik der Sowjetregierung unterscheide sich von Grund auf von der Politik der Westmächte.

Gleich am ersten Tage nach Kriegsende begannen die Imperialisten der USA und Englands, riesige Reparationen aus Westdeutschland herauszupumpen, die westdeutsche Wirtschaft auszulumpendern und das Ruhrgebiet an sich zu reißen. Abschließend heißt es in dem Moskauer Kommentar: „Der Beschluß der Sowjetregierung über die Herabsetzung der Reparationszahlungen Deutschlands um die Hälfte schafft neue Voraussetzungen für die Entwicklung der demokratischen Kräfte und die Festigung der friedliebenden demokratischen Republik. Dieser Beschluß ist ein neuer Beitrag der Sowjetunion zur Sache des Friedens und der Sicherheit der Völker. Er wird von allen Friedensanhängern in der ganzen Welt mit Sympathie aufgenommen.“

General entlarvt Kriegsgefangenen-Lüge

Venedig. (EB) Der aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrte General Riccio erklärte am Donnerstag in Venedig, daß sich in der UdSSR nur noch etwa 20 italienische Soldaten befinden, die auf ihre Rückführung in die Heimat warten. Er betonte, daß die von der Regierung de Gasperi angegebene Zahl von „mehreren Tausend“ sich auf falsche Statistiken faschistischer Behörden stützt. Der General wandte sich dagegen, daß die italienische Regierung weiterhin auf falsche Angaben beharrt, und dadurch tausende italienische Familien in quälender Ungewißheit läßt.

Besatzungspresse fälscht

Bonn. In der Dienstag-Sitzung des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunität erstattete der FDP-Abgeordnete Dr. Becker den Bericht zur Angelegenheit des ehem. Abg. Müller. Er teilte dabei mit, die Überprüfung der Erklärung Müllers über die Niederlegung seines Mandats habe ergeben, daß an der Echtheit der Unterschrift kein Zweifel zulässig sei. Er führte für seine Erklärung einige Beweise an. Die Frage des SPD-Abgeordneten Brill, ob die Unterschrift nicht doch mit einem Faksimilestempel gemacht worden sei, verneinte Dr. Becker ausdrücklich.

Trotz dieser einwandfreien Feststellung des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunität haben es die der britischen Besatzungsmacht nahestehende Zeitung „Die Welt“ und das Organ der amerikanischen Besatzungsmacht „Die Neue Zeitung“ in ihren Ausgaben vom 17. Mai 1950 fertiggebracht, wahrheitswidrige Behauptungen über das Ergebnis dieser Ausschusssitzung zu veröffentlichen.

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, wer an der Verteidigung des Agenten Müller ein besonderes Interesse hat, so ist es hier in aller Klarheit gegeben. Die Besatzungspresse ignoriert bewußt die Feststellungen eines Ausschusses des Bun-

destages, der sich mit dieser Frage befaßte. Sie fälscht mit vollem Bewußtsein wider besseren Wissens, um einen neuen Anlaß zur Hetze gegen die KPD zu haben.

Schutz für politisch Verfolgte

Bonn. Das Adenauer-Kabinett hatte am 17. Februar eine Verordnung erlassen, nach der gegen „dienstlich ungeeignete“ Beamte und Angestellte Maßnahmen durchgeführt werden können. Die Verordnung nahm keine Rücksicht auf die Schutzbestimmungen, die für anerkannte Opfer des Faschismus im Artikel 133, Absatz 2, des Grundgesetzes vorgesehen sind. Die KPD-Fraktion beantragte daher, diese Verordnung als verfassungswidrig aufzuheben. Die Opfer des Faschismus wurden durch die Unterdrückungsmaßnahmen der Nazi an ihrer beruflichen Aus- oder Fortbildung gehindert. Dieser Umstand darf heute den vielfach in höheren Beamtenstellen sitzenden früheren Pgs nicht als Handhabe dienen, sie als „dienstlich ungeeignet“ in ihrem Fortkommen zu behindern, erklärte Heinz Renner zur Begründung. Der Antrag wurde dem Beamtenrechtsausschuß überwiesen.

Welchen Weg geht die SPD?

Zum Parteitag der SPD in Hamburg vom 21. 25. Mai 1950 / Von Albert Buchmann

Zum Dürkheimer Programm

Am 29. und 30. August 1949 beschloß der SPD-Vorstand in Bad Dürkheim „programmatische Richtlinien zur Politik der SPD im Bundestag“. 16 Forderungen wurden aufgestellt, die zum großen Teil durchaus notwendig sind. Wenn die SPD-Führung ihre Mitglieder und Anhänger zum ernsthaften Kampf um die Durchführung dieser Forderungen aufgerufen hätte, so wie die bürgerlichen Parteien und Machtgruppen um ihre volksfeindlichen Profitinteressen rücksichtslos kämpfen, wer zweifelt daran, daß es um die Positionen und Lebensinteressen der Arbeiterklasse heute besser stünde? So haben sich die Kommunisten allein grundsätzlich und nachdrücklich für diesen notwendigen Kampf eingesetzt, den Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam führen müssen. Die Kommunisten haben ja keine anderen Interessen als die sozialdemokratischen Mitglieder, Funktionäre und Anhänger, und umgekehrt.

Aber der SP-Vorstand hat zur Durchsetzung der Dürkheimer Forderungen nicht zum Kampf aufgerufen. Das ist eine der Inkonsistenzen, die das Wesen der rechten sozialdemokratischen Parteiführung ausmachen. Eine weitere Inkonsistenz ergibt sich aus folgendem: Die Dürkheimer Forderungen verlangen u. a. Vollbeschäftigung, Planung und Lenkung der Kredite und Rohstoffe, politische und wirtschaftliche Entmachtung des Großkapitals usw.

Allen vernünftigen Menschen, auch innerhalb der SPD, ist es klar geworden, daß diese und ähnliche Forderungen grundsätzlicher Art nur durchzuführen sind, wenn gewisse Voraussetzungen geschaffen werden. Das heißt, wenn der Waren Austausch zwischen Westdeutschland und dem Osten uneingeschränkt verwirklicht wird. Das bestätigt u. a. auch der Leiter der UN-Wirtschaftskommission, der sozialdemokratische Professor Gun-

ner Myrdal, Schweden, der auf der 4. Jahrestagung für Europa u. a. erklärte, daß die europäischen Staaten „keinen höheren Lebensstandard erreichen würden, wenn sie ihren Handel mit dem Osten nicht wesentlich erweitern.“

Dr. Schumacher aber bekämpft den Handel mit dem Osten u. a. mit dem Argument, ein „wirtschaftliches Rapallo sei eine Gefahr“. Schumacher ist bereit, das deutsche Volk zum Hungern zu verurteilen, (in der Praxis wirkt sich das jedenfalls nicht anders aus) um seine antikommunistische Hetze aufrechtzuerhalten.

Kampf gegen Ost-West-Handel ist, nach den Worten Professor Myrdals ein Kampf gegen den höheren Lebensstandard. Schumacher will diesen Kampf offenbar, weil, so sagt er: „sonst jeder politische Erfolg in Frage gestellt“ wird. Um „Erfolge“ im antikommunistischen Kampf zu erringen, glaubt Dr. Schumacher sich darüber hinwegsetzen zu können, daß das Bestehen der Sowjetunion eine lebendige Tatsache ist und daß auch unsere Nachbarschaft zur SU und zu den volksdemokratischen Ländern eine geographische Realität ist, mit der gerechnet werden muß.

Hier liegt die Halbheit und Inkonsistenz des Dürkheimer Programms. Eine Parallele hierzu ergibt das Mühlheimer Programm der SPD, Hessen-Süd, vom Januar 1950, in Verbindung mit dem auf diesem Parteitag ausgesprochenen Mißtrauen gegen die Politik der sozialdemokratischen Minister und der Parlamentarier. Als die kommunistische Landtagsfraktion in Hessen Punkt für Punkt der Mühlheimer sozialdemokratischen Parteitagebeschlüsse in Anträgen formuliert stimmten die sozialdemokratischen Minister und Abgeordneten, gemeinsam mit den reaktionären bürgerlichen Parteien, dagegen.

Hier zeigt sich der unheilvolle Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, zwischen großen propagandistischen Reden und Aufrufen

einerseits und dem praktischen Tun andererseits. In den Ländern des kolonialen Weststaates sitzt die SPD zumeist mit den bürgerlichen Parteien in den Regierungskoalitionen und zwar so lang, bis die reaktionären Kräfte sich stark genug fühlen, um die SPD abzuschütteln.

In Bonn aber macht die rechte SPD-Führung „Opposition“. Carlo Schmid hat das Wesen dieser Opposition auf dem Parteitag der Landesorganisation Hamburg im April 1950 so dargestellt: „Wir haben das In-die-Opposition-gehen vom ersten Tag an angesehen als ein In-die-Verantwortung-gehen.“ „Opposition ist nämlich eine positive Staatsfunktion — ein Staat ist nur dann im rechten Sinne als Demokratie möglich, wenn er neben der Regierung die Opposition mit als zum Staatsapparat gehörig betrachtet.“ Die SPD-Führung fühlt sich also verantwortlich für die Ergebnisse der reaktionären Politik der Adenauer-Regierung. Ob die sozialdemokratischen Mitglieder, Funktionäre und Anhänger diese Auffassung teilen?

Auf der Grundlage dieser Politik müssen sich die sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre fragen: Wessen Interessen dient diese Politik? Schumacher, Ollenhauer, Carlo Schmid u. a. liefern mit dieser Politik die Argumente und die Waffen, die die bürgerliche Reaktion stärken. Sie sabotieren und erschweren die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse und der Einheit Deutschlands, zwei Aufgaben, die entscheidend sind für die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes.

Soll dieser Kurs in Hamburg erneut bestätigt werden? Die Erfahrungen aus der Weimarer Zeit und nach 1945 mit ihren Folgen sollten Warnung und Mahnung zugleich sein. Es liegt bei den sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären, diese ernste, ehrlich gemeinte Mahnung zu beachten und entsprechend zu handeln. Forts. folgt



Den Kriegstreibern genügt die Drohung mit der Super-Atombombe schon nicht mehr. Sie ziehen auch noch den Bakteriologischen-Krieg in Erwägung.

Fallt ihnen in den Arm! Bekennet Euch zum Frieden! Gebt Eure Unterschrift!



Für Feld und Garten



Don Schierke nach Eisenach!

Gedanken zur ersten gesamtdeutschen Agrarkonferenz auf der Wartburg vom 18.-20. Mai 1950 von Dr. Günther Wiedemann, Glücksburg (Ostsee).

Dr. Wiedemann, der zu den Gründern des westdeutschen „Arbeitskreises für gesamtdeutsche Beratungen der Land- und Forstwirtschaft“ gehört und bereits an der vorbereitenden Konferenz in Schierke teilgenommen hatte, gibt hier ein Bild von den großen politischen Aufgaben der bevorstehenden Eisenacher gesamtdeutschen Agrarkonferenz.

Während die westdeutschen Bauern in berechtigter Sorge um den Absatz ihrer Erzeugnisse zu weitgehenden Einschränkungen ihrer Produktion genötigt sind, geht das Streben ihrer ostdeutschen Kollegen dahin, alle Kräfte für die größtmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse einzusetzen.

In Westdeutschland mußte fast die Hälfte der vorjährigen Gemüseerzeugnisse umgepflügt oder an das Vieh verfüttert werden, lagern hunderte Tausende Zentner unverkäuflicher Tafeläpfel bei süddeutschen Obstbauern, häufen sich die Käselager in den Kühlhäusern, liegen hunderte von Fischkuttern an der Nordseeküste auf, weil sich der deutsche Fischfang nicht mehr „lohnt“, — in der Deutschen Demokratischen Republik könnte der Markt bequem die ganze scheinbare „Überproduktion“ der westdeutschen Landwirtschaft und Fischerei aufnehmen, wenn es keine „Zonengrenze“ und eine einheitliche deutsche Währung gäbe.

Diese, unser gesamtes nationales Leben bedrohenden und bedrohenden Tatsachen veranlassen Ende 1949 einen Kreis ost- und westdeutscher Agrarwissenschaftler und -praktiker in gemeinsamen Beratungen Wege

zur Überwindung dieses nationalen Notstandes zu suchen und die verantwortlichen deutschen und ausländischen Regierungsstellen zur Ergreifung der erforderlichen politischen Maßnahmen aufzufordern, und bis dahin alle nur möglichen „Selbsthilfe“-Maßnahmen zu ergreifen, um die weitere Verelendung der deutschen Landwirtschaft und damit des ganzen deutschen Volkes abzuwenden.

Im weiteren Verlaufe dieser gesamtdeutschen Beratungen trafen sich erstmalig am 11. und 19. Februar ds. Js. in Schierke (Harz) 47 west- und 65 ostdeutsche Agrarwissenschaftler, und -praktiker zur Vorbereitung einer umfassenden gesamtdeutschen Agrarkonferenz, zu deren Tagungsort die Wartburg bei Eisenach bestimmt wurde, wo sich vom 18. bis 20. Mai 1950 je 500 Teilnehmer aus West- und Ostdeutschland treffen und in 16 Arbeitsgemeinschaften alle die gesamtdeutsche Landwirtschaft angehenden Fragen behandeln werden. Als Referenten für diese Konferenz wurden u. a. namhafte Persönlichkeiten aus Kiel, München und Hannover und viele bekannte westdeutsche Wissenschaftler und Praktiker gewonnen. — Zum Vorsitzenden des gesamtdeutschen Arbeitskreises war in Schierke der allen deutschen Bauern wohlbekannte Nestor der Agrarwissenschaft, Prof. Dr. Mitscherlich, der Präsident der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, einstimmig gewählt worden.

Überhaupt zeichneten sich alle bisherigen Beratungen dieses gesamtdeutschen Arbeitskreises durch eine in unserem zerrissenen Vaterland leider so selten gewordene Einmütigkeit aus, so daß Prof. Skibbe (Leipzig) in seinem abschließenden Bericht über die Beratungen der 16 Schierker Arbeitsgemein-

schaften feststellen konnte, daß sich hier „ein neuer Geist der Zusammenarbeit zwischen West- und Ostdeutschen“ gezeigt, und daß „nicht ein einziger“ Mistfänger die z. T. sehr schwierigen Verhandlungen „gestört“ habe.

Jetzt kommt es darauf an, daß die 1000 Teilnehmer der großen Eisenacher Agrarkonferenz in gleicher Einmütigkeit die Weltöffentlichkeit von der Verderblichkeit der bisherigen Deutschland-Politik der westlichen Alliierten überzeugen, die eine Wiedervereinigung unseres gevierteilten Vaterlandes bisher verhindert hat und die Hauptursache der „deutschen Not“ ist.

„Die Existenz der deutschen Landwirtschaft kann nur gewährleistet werden“, so heißt es in dem Aufruf der Schierker Konferenz, „wenn der unbeschränkten Einfuhr ausländischer Erzeugnisse nach Westdeutschland Einhalt geboten und statt dessen der Ausbau des gesamtdeutschen Innenhandels mit allen Mitteln gefördert wird. Die deutsche Landwirtschaft kann nur gesunden durch die Wiederherstellung einer einheitlichen gesamtdeutschen Landwirtschaft in einem souveränen demokratischen Deutschland.“

Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung für dieses große politische Ziel werden 1000 deutsche Bauern und Bäuerinnen, Landarbeiter und Landarbeiterinnen, Landjugend und Landwirtschaftsstudienten, Agrarwissenschaftler und -techniker, Gärtner und Förster sich am Himmelfahrtstage auf der Wartburg, dieser historischen Stätte edelsten deutschen Kampfesgeistes, vereinen und der Welt ein Zeichen geben, daß die deutsche Landbevölkerung nicht eher ruhen wird, bis ihr nationales Ziel erreicht ist.

„Eine einheitliche Landwirtschaft in einem unabhängigen Deutschland!“



Winke für den Kleingärtner

Flüssige Düngung im Kleingarten

Um die Erträge im Garten zu steigern, empfiehlt es sich, mit Jauche, Abort-, aufgelöstem Geflügeldünger oder anderem Mist und mit einer Lösung von Mineraldünger nachzuhelfen. Der Dunggüß ist namentlich dort angebracht, wo die Grunddüngung vor der Bestellung nicht durchgeführt werden konnte oder der Naturdünger nicht in genügender Menge vorhanden war. Besonders ist bei dem stark wachsenden Gemüse eine Nährstoffzufuhr erforderlich.

In eine zehn Liter fassende Gießkanne werden etwa 20 Gramm Nährsalze geschüttet und mit Wasser nach häufigem Umrühren gelöst. Die Nährlösung wird dann in vorher mit der Hacke gezogenen Furchen zwischen die Pflanzen gegossen. Es ist hierbei darauf zu achten, daß die Blätter von der Mineraldüngung nicht berührt werden. Gegebenenfalls sind die Gewächse abzubreusen. Man könnte auch die Stickstoff-, Phosphorsäure- und Kaliumdüngemittel — 20 bis 40 Gramm auf einen Quadratmeter — in trockener Form zwischen die Reihen streuen, doch wird das aufgelöste Salz von den Wurzeln schneller aufgenommen. Wir geben die Lösung aber

nicht auf einmal zu stark, sondern verteilen sie alle acht Tage auf mehrere Dunggüsse. In der dazwischen liegenden Zeit wird je nach der Witterung mit reinem Wasser nachhältig gegossen.

Im Jugendstadium des Gemüses bringt auch ein Guß von Dunggäule einen hervorragenden Erfolg. Allgemein ist bekannt, daß Jauche und Abortdünger direkt zu den Kohlararten gegeben, dem Gemüse beim Kochen einen schlechten Geruch und unangenehmen Geschmack verleihen. Das kommt nicht vor, wenn wir diese Düngemittel in der richtigen Form zur Anwendung bringen. Die menschlichen Exkremente haben vor allem einen hohen Gehalt an Stickstoff, Phosphor und organischer Substanz. Wir nehmen eine Tonne, füllen diese mit Abortung und, wer Kleintierzucht ist, füge auch noch strohfreien Kaninchen-, Geflügel- oder Ziegenmist hinzu. Diese Masse wird unter Hinzusetzen von Wasser oft umgerührt und ergibt nach einiger Zeit einen flüssigen Dünger. Die Jauche ist zur Verwendung reif, wenn sie nicht mehr schäumt. Sie wird dann mit einer etwa acht, bis zehnfachen Menge Wasser verdünnt auf die Beete verteilt.

Wie das Huhn schläft, so legt es!

Die Tatsache, daß ein Huhn ungefähr die Hälfte seines Lebens schlafend auf der Sitzstange verbringt, verpflichtet uns, den Fragenkomplex „Schlafstille“ einmal etwas näher zu beleuchten.

Der Schlafplatz — das Kolbrett mit den Sitzstangen — ist, um Zugluft zu vermeiden, grundsätzlich dem Fenster entgegengesetzt anzuordnen. Bei der Enge vieler Scharr- und gleichzeitiger Schlafplätze ist über die Notwendigkeit eines Kolbrettes wohl kaum mehr ein Wort zu verlieren. Die Scharranlage läßt sich viel sauberer halten, wenn der von den schlafenden Tieren abgesetzte Kot vom Brett aufgefangen wird.

Viel wichtiger aber als das Kolbrett sind die Sitzstangen. Es ist fast unglücklich, welches geringes Verständnis von den ländlichen Hühnerhaltern für diese Frage aufgebracht wird. Sogenannte Hühnerleiter mit runden Sitzstangen, die etwas stärker als ein Bundenstiel ausfallen, sind auch heute noch vielfach in Gebrauch. Kann denn eine Henne, die durch die rege Scharrtätigkeit während des ganzen Tages ermüdet ist, ausruhen und neue Kräfte für das nächste Ei und die kommende Tagesarbeit sammeln, wenn sie sich die ganze Nacht — und so das ganze Leben hindurch — krampfhaft auf zu dünnen Sitzstangen festhalten muß? Es soll einmal hiermit ganz klar herausgestellt werden, daß unsere Hühner nicht etwa auf den Zehen, Füßen oder Beinen, sondern am liebsten auf der vollen unteren Körperhälfte liegen, um voll ruhen und entspannen zu können. Dies ermöglicht nur eine 7,5 cm breite Sitzstange, deren Oberfläche, um ein Abrutschen zu vermeiden, rauh gehalten werden muß, und deren Kanten leicht gebrochen sind.

Die richtige Sitzstange allein tut es aber auch nicht, wenn sie nicht zum Schutz gegen

ungeziefer auf Milbenfängern ruht. Wie soll eine Henne viel Eier legen, wenn des Nachts von allen Fugen und Ritzen Tausende von roten Milben und anderen Plagegeistern ungehindert an die ruhebedürftigen Tiere herankommen und ihnen den kostbaren Lebenssaft abzupfen? Da hilft ohne große Unkosten und Mühen nur der versetzbare Milbenfänger!

Die Hühner lieben ihre Schlafstille, wenn sie bequem und ungezierrfrei ist. Schafft sie ihnen, sie danken es durch vermehrte Eierlegen.

Franz Elias.

Mit dem Rucksack angekommen — und heute?

Erfahrungen der westdeutschen Umsiedler bei ihrem Besuch in der DDR

Für jeden sichtbar ist der Plan des Ortes Krüge in Oberbarnim ausgehängt. Die westdeutschen Umsiedler, die drum herumstehen, bemühen sich, die Rechte abzuzählen, die auf der Karte der Neubauernegehöfte dargestellt. Erklärend kommt ihnen der Bürgermeister zu Hilfe, und man erfährt, daß dieser Ort 86 Umsiedlerfamilien eine neue Heimat gegeben hat.

„Mit dem Rucksack sind wir damals alle hier angekommen“, so berichtet er, „und heute...“ mit einer einladenden Handbewegung meint er nur: „Überzeugen Sie sich selbst, Ihnen soll kein Haus verschlossen sein.“

Und so begaben sich die Mitglieder der Umsiedlerdelegation von einem Hof zum anderen. Überall das gleiche Bild: Ein neues Haus mit vielen Zimmern und gemütlicher Einrichtung, ein Stall mit mehreren Kühen, mit einem bzw. zwei Pferden, mit Schweinen und Schafen. Der Haushand in der Kette knurrte und bellte, wie es immer ist, wenn Fremde kommen, und die Katze drückte sich schnurrend an der Wand entlang und blickte die vielen Menschen mit Augen an, die zu fragen schienen: „Was ist los? Habt ihr kein Zuhause?“ — Kurz: Es war das altvertraute ländliche Bild: verwurzelt Bauerntum.

„Ja, und daß dieses für die vielen Umsiedlerfamilien möglich gemacht werden konnte, verdanken wir der Bodenreform“, so sagten die Neusiedler aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie. Übrigens „Bodenreform“, ein Wort, für das es in Westdeutschland überhaupt keinen Inhalt gibt.

der mit dem Kopf. „Wie ist es möglich...“ Sie fanden nicht immer die richtigen Erklärungen für diesen Unterschied zwischen West und Ost, aber sie sahen jetzt beide Wirklichkeiten und verglichen. Hier in der Deutschen Demokratischen Republik: Ansiedlung der Umsiedler, und keine schlechte Ganz allmählich ging ihnen das Licht auf. Sie erkannten, daß die Junker des Ostens ihnen im Westen wo sie fett wieder auf Sesseln sitzen, den Weg versperren und die müßige Atmosphäre schaffen, die mit dem Kriege schwanger geht. Solange sie dort gemeinsam mit den Konzernherren sitzen, wird man nichts mit der Umsiedlerfrage erreichen können. „Die Umsiedlerfrage ist“, so bemerkte ein Westdeutscher sehr richtig, „eine Frage der Demokratie, eine Friedensfrage. Hier scheitern sich die Geister zu scheitern.“

Stunnd, man ist geneigt zu sagen „mit offenem Mund“, hörten die westdeutschen Umsiedler die abschließenden Erklärungen des Bürgermeisters. „Das ist noch nicht alles, was Sie hier gesehen haben. Damit sind wir noch nicht zufrieden.“ Mit einem Stock fuhr er über den Plan und deutete die Lage des zukünftigen Dorfes an, des Kulturhauses, des Sportplatzes und des Dorfwirtschaftshauses, wo zentrale Schlachtungen vorgenommen werden können, in dem eine zentrale Wäscherei und Stopperei eingerichtet werden soll, und der Bürgermeister war in seinen weiteren Ausführungen voller Zuversicht, daß all das in naher Zukunft erstehen wird.

Der Omnibus schaukelte uns weiter. Von Zeit zu Zeit sahen wir nahe der Straße weitere solcher Neubauerndörfer, wie wir sie schon besichtigt hatten. Baufachmänner sind unter uns Westdeutschen, und sie stießen ihre Kollegen an: „Da, Eisenklinkerbau, bitte Eisenklinkerbau.“

Felgentreu, im Kreis Luckenwalde, war ehemals ein verlassener Ort des Truppenübungsplatzes Jüterbog. Er diente den Artilleristen als Zielscheibe. Heute wohnen dort 500 Menschen, friedlich vereint in gemeinsamer Arbeit, 95 Prozent von ihnen sind Umsiedler, die aus den Gegenden von Ostpreußen bis hinunter nach Bessarabien stammen. Jeder, der hier baute, erhielt einen Kre-

dit von 15 000 DM. Neben Landwirtschaften wurden Gärtnereien mit jeweils fünf Hektar Land gegründet.

Als man im Ort an ein Haus gelangte, in dem eine sowjetische Funkstation mit fünf Mann stationiert ist, da fragte man anschließend die Einwohner des Ortes in typisch westdeutscher Formulierung: „Habt Ihr denn keine Angst vor den Russen?“ Man war verblüfft zu hören, daß diese fünf sowjetischen Soldaten völlig in der Ortsgemeinschaft aufgegangen sind, daß sie allen kulturellen Veranstaltungen beiwohnen und daß alle im Ort diese Kameraden mit ihren Vornamen anreden.

Für die Gäste aus Westdeutschland waren es bald wieder Eindrücke. Sie sahen hier und überall eine Gemeinschaft, für ein gemeinsames Ziel: Für den Frieden und den Wohlstand der Menschheit. Sie sahen hier, was sie nie für möglich gehalten hatten, und dazu in solcher Vielzahl, daß dieser Ansicht wohl am besten die Meinung eines Delegationsmitgliedes Ausdruck gibt, die sagt, daß er überwältigt sei von dem Fortschritt, in der Deutschen Demokratischen Republik.

„Kommt bald wieder“, rief den westdeutschen Umsiedlern der Bürgermeister von Felgentreu zu. „Und Ihr werdet sehen, daß wir im nächsten Jahr noch weiter sind.“

Gib deine Stimme



Zeichne dich ein in die Unterschriftenliste!

Umsiedlerproblem in West und Ost — Zwei Wege

Von Landwirtschaftsrat Hans Luß, Berlin

Es ist erschütternd, festzustellen, daß der Westen, fünf Jahre nach Abschluß des Potsdamer Vertrages, für die ihm zugeteilten Umsiedler so gut wie noch nichts getan hat. Die Mehrzahl der Umsiedler im Westen ist heute noch in Lagern untergebracht, von denen Probst Grüber im Januar 1950 nach einem Vergleich mit den inzwischen aufgelösten Internierungslagern der Ostzone schrieb, daß die Unterbringung, Verpflegung und sanitären Einrichtungen meistens an die ehemaligen östlichen Internierungslager nicht heranreichen. Die Auffassung verantwortlicher westdeutscher Kreise zur Umsiedlerfrage wird beispielsweise durch „Die Rheinpfalz“ (Südpfälzische Rundschau) vom 4. Mai 1950 charakterisiert, wo es im Leitartikel dieser Zeitung zur Lage des „Flüchtlingsproblems“ wie folgt heißt:

„Wir haben kein Land, um sie alle anzusiedeln. Wir haben kein Geld, um ihnen allen den zukommenden Arbeitsplatz und eine menschenwürdige Wohnung zu schaffen. Was getan wird, ist die Organisation der Not (!), die dadurch in Grenzen gehalten, aber nicht beseitigt wird.“

In der gleichen Zeitung wird auf der ersten Seite als grundsätzliche Lösung der Umsiedlerfrage die Organisation der Auswanderung nach Amerika mit folgenden Worten empfohlen:

„Die Kernfrage für die Lösung des Flüchtlingsproblems bleibt die Auswanderung!“

Man sieht also, daß das Schicksal der Umsiedler in Westdeutschland in der Person des „Flüchtlingsministers“ Lukaschek in unfähigen Händen liegt. Die bisherigen Taten und Erklärungen westdeutscher verantwortlicher Kreise beweisen die Unfähigkeit und den Unwillen, die Umsiedlerfrage nach den Erfordernissen des Potsdamer Abkommens zu lösen. Für die Masse der Umsiedler ergibt sich dadurch eine neue Perspektive, welche heißt Auswandern jenseits des Ozeans in ein Land, das selbst vom Strudel der kapitalistischen Krise erfaßt, mit mehr als 5 Millionen Arbeitslosen auch den Millionen deutscher Auswanderer so wenig eine Heimat und eine gesicherte menschenwürdige Existenz geben kann, wie dies im westdeutschen Separatstaat möglich ist. Die beabsichtigte Auswanderung einer Million ostdeutscher Menschen in die Länder jenseits des Ozeans bedeutet die bewußte Auf-

gabe, Millionen deutscher Menschen, die ein Recht und die Möglichkeit haben, in ihrer deutschen Heimat Arbeit und Brot zu finden, wenn man die dafür notwendigen Maßnahmen ergreifen will. Ich möchte das Geschrei nach Menschlichkeit im westdeutschen Blätterwald hören, wenn z. B. von Seiten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beabsichtigt wäre, eine Million deutscher Umsiedler nach Sibirien auszusiedeln!

Was aber wurde im Osten Deutschlands, im jetzigen Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, bisher für die Umsiedler getan?

In der Deutschen Demokratischen Republik gab und gibt es kein Flüchtlingsproblem! Dort gab es nur ein Umsiedlerproblem, das sofort auf Grund des Potsdamer Abkommens mit Unterstützung der Besatzungsmacht im Jahre 1945 in Angriff genommen und heute grundsätzlich gelöst worden ist!

Während der Westen behauptet, daß kein Land da sei, um sie anzusiedeln, wurde im Osten die demokratische Bodenreform gemäß dem Potsdamer Abkommen im Jahre 1945 durchgeführt und weiterentwickelt. Das heißt, es wurden 8000 Großgrundbesitzer mit über 100 ha entschädigungslos enteignet. Die demokratische Bodenreform gab 483 655 früheren besitzlosen Landarbeitern und Umsiedlern 2,2 Millionen ha Boden bei einer Durchschnittsbetriebsgröße von 8,5 ha. Von den 4,3 Millionen Umsiedlern haben 90 991 mit einem Personenkreis von 350 000 Menschen in Form neuerrichteter Bauernstellen eine Fläche von 750 000 ha Land erhalten.

Während der Westen noch 5 Jahre nach Abschluß des Potsdamer Vertrages behauptet, für die Umsiedler kein Geld zu haben, wurden allein im Jahre 1949 in der DDR 353 Millionen DM für ältere, nicht mehr arbeitsfähige Umsiedler an Sozialfürsorgeunterstützung gegeben, durch die jede erwachsene Person einmalig 300 DM und jedes Kind unter 14 Jahren einmalig 100 DM erhielten. Nach der Währungsreform erhielten alle umgesiedelten Deutschen, die anspruchsberechtigt waren, ein einmalige zusätzliche bare Unterstützung von 50 DM.

Die älteren, nicht mehr arbeitsfähigen Umsiedler erhalten in der DDR die gleichen Sozialzuwendungen wie die alteingesessene Bevölkerung, die kein Arbeitseinkommen besitzt oder Rente bezieht.

Fortsetzung folgt.

Verbesserung der ungarischen Landwirtschaft

Dem Beispiel der Sowjetunion folgend, wurde auch in Ungarn mit der Akklimatisierung des außerordentlich ertragreichen Weizens mit verzweigten Ähren begonnen. Das Institut für Pflanzenveredlung ließ sich mehrere Sorten dieses Weizens aus der Sowjetunion senden, wählte diejenigen Sorten aus, die dem Klima und der Bodenbeschaffenheit Ungarns am besten entsprechen und bestellte davon eine größere Menge von Saatgut.

Man kann uns verleumden, man kann uns verfolgen — unseren Friedenswillen aber kann keiner zerbrechen!

Auf den Feldern der Versuchsanlage in Szeged wurden zirka 2 Hektar mit diesem Weizen bestellt. Die Versuche werden im Herbst mit den neu geernteten Körnern fortgesetzt werden. Es soll nicht nur das Problem der Akklimatisierung gelöst werden, ein wichtiger Zweck der Veredlung besteht vielmehr darin, den Eiweißgehalt des Weizens mit verzweigten Ähren wesentlich zu erhöhen. Es soll erreicht werden, daß dieser Weizen ebenso reich an Eiweißgehalt wie der ungarische Weizen aus dem Tisza-Gebiet. Eine Verbindung des mehrjährigen Weizens, der zwei- bis dreimal ertragreicher ist als der gewöhnliche, mit dem hohen Eiweißgehalt des ungarischen Weizens würde bedeuten, daß auf einer viel kleineren Ackerfläche eine ebenso gute Ernte erzielt und der restliche Boden für den Anbau anderer, industriell wichtiger Pflanzen freigemacht werden kann.

In Szeged, der zweitgrößten Stadt Ungarns, wurde ein volkseigenes Unternehmen für Bodenverbesserung gegründet. Durch die dort vorgenommenen Untersuchungen der verschiedenen Bodenarten werden die besten Möglichkeiten zur Verbesserung erforscht. Das Institut gibt den Bauern die entsprechenden Anweisungen, wie der Boden durch die geeigneten Düngemittel zu verbessern ist und für welche Pflanzen er sich am besten eignet. Die Bodenverbesserungsarbeiten, die im großen Maße auf den volkseigenen Gütern und den Feldern der Produktivgenossenschaftsgruppen durchgeführt werden, erfolgen mit den von der Sowjetunion erhaltenen Bodenverbesserungsmaschinen. Die für die Bodenverbesserung aufgewendeten Maschinen machen sich durch die Erhöhung der Ernteerträge rasch bezahlt. Dies ist für die werktätigen ungarischen Bauern ein neuer Beweis, welche Bedeutung die Wissenschaft und vor allem die von der Sowjetunion erarbeiteten Methoden für die Verbesserung der Landwirtschaft und die Hebung des allgemeinen Wohlstandes haben.

Bauern helfen beim Aufbau des Stahlwerkes Brandenburg

Potsdam. (EB.) Eine Arbeitsbrigade von 20 Bauern hat einem Appell der AdGB folgend, eine Woche lang beim Aufbau des Stahl- und Walzwerkes in Brandenburg-Havel geholfen. Eine weitere Brigade brandenburgischer Bauern wird vom 20. bis 27. Mai an den Aufbauarbeiten in Brandenburg-Havel teilnehmen.

Im Kampf für höheren Lohn, Mitbestimmung und Frieden

Aus dem Parteileben

Belegschaft Richtberg, Neuenburg, beschließt betriebliches Programm

Neuenburg. Vor kurzem führte die Belegschaft des Sägewerks K. Richtberg in Neuenburg ihre Betriebsratswahl durch. Vorher hatte noch einmal eine Betriebsversammlung stattgefunden, in der der Belegschaft ein betriebliches Programm vorgelegt wurde, dessen Forderungen den neuen Betriebsrat als Richtschnur für seine kommenden Aufgaben und Arbeiten dienen sollen. Die einzelnen Punkte dieses betrieblichen Programms, das von der Belegschaft einstimmig angenommen wurde, haben folgenden Wortlaut:

Lohnerhöhung - Mitbestimmung - Frieden!
Wir Arbeiter des Sägewerks der Firma K. Richtberg, Neuenburg, stellen an den neuen Betriebsrat die Forderung, sich allseitig für unsere Interessen einzusetzen und dabei folgende Forderungen und Wünsche zu berücksichtigen, die uns besonders am Herzen liegen und auch von der heutigen Versammlung geteilt werden.

1. Der Betriebsrat muß sich für eine schnelle und wirksame Lohnverbesserung einsetzen.

2. Er muß sich dafür einsetzen, daß die Abzüge gesenkt werden. Dabei ist vor allem der Beschluß des ehemaligen Badischen Gewerkschaftsbundes auf Streichung der Abgabe „Notopfer Berlin“ durchzusetzen.

3. Um diese Fragen und Forderungen durchsetzen zu können, muß der Betriebsrat dafür Sorge tragen, daß das Mitbestimmungsrecht in allen Fragen des Betriebes realisiert wird.

4. Ein weiteres wichtiges Anliegen an den neuen Betriebsrat ist die Forderung und Sicherung des Arbeitsplatzes und Schutz vor Entlassungen. Deshalb sind wir der Meinung, daß der Betriebsrat und wir alle die Verpflichtung haben, uns in jeder Form für die Erhaltung des Friedens einzusetzen, sowie alle Aktionen unserer Kollegen in anderen Betrieben und in den Gewerkschaften solidarisch zu unterstützen.

Die Belegschaft des Sägewerks Richtberg hat mit diesem Programm eindeutig zum Ausdruck gebracht, was sie von ihrem neuen Betriebsrat erwartet. Obwohl sich die Zusammensetzung des Betriebsrats gegenüber früher nicht wesentlich geändert hat, so bedeutet dennoch die klare Aufgabenstellung für das kommende Jahr einen wesentlichen Unterschied gegenüber dem vergangenen Jahr. Es wird dabei vor allem darauf ankommen, daß die fortschrittlichen Betriebsangehörigen den Betriebsrat nicht nur in seiner Arbeit kontrollieren, sondern auch durch konkrete Vorschläge dem Betriebsrat helfen, sich gegenüber dem Unternehmer durchzusetzen. Jeder einzelne Punkt des

betrieblichen Programms bietet hierfür positive Anhaltspunkte.

Aktiv am gewerkschaftlichen Kampf teilnehmen

Die Belegschaft, die in ihrer überwältigenden Mehrheit gewerkschaftlich organisiert ist, kann durch ihre aktive Teilnahme am gewerkschaftlichen Kampf viel dazu beitragen, daß die zur Zeit laufenden Tarif-

verhandlungen einen erfolgreichen Abschluß finden. Die Forderung des betrieblichen Programms auf Streichung der Abgabe des sogenannten Notopfers ist zweifellos dazu angetan, auch in anderen Betrieben ein schnelles Echo zu finden und bei einigen Anstrengungen ist es ohne weiteres möglich, daß sowohl seitens der IG Holz als auch durch in anderen Gewerkschaften or-

ganisierte Betriebe eine Aktion ausgelöst wird, die endlich den Neustädter Beschluß der südbadischen Gewerkschaften realisiert. Schließlich wird die Forderung der Belegschaft, sich in jeder Form für die Erhaltung des Friedens einzusetzen und Aktionen anderer Betriebe und Gewerkschaften solidarisch zu unterstützen, dazu beitragen, daß der Kampf um den Frieden eine breitere betriebliche Basis erhält und es dadurch den Kriegstreibern unmöglich gemacht wird, ihre finsternen Ziele durchzusetzen.

Beschick den Landesfriedenskongreß

Hierbei wird es darauf ankommen, daß die fortschrittlichen Kräfte im Betrieb die gesamte Belegschaft über die Beschlüsse der Weltfriedenskonferenz in Stockholm aufklären und sie von der Notwendigkeit der Abgabe der Unterschrift für den Frieden durch jeden einzelnen überzeugen, um damit zum Verbot der Herstellung der Atombombe zu kommen und die Garantie zu bieten, daß jede Regierung, die es versuchen sollte, mit der Auslösung einer Atombombe einen neuen Krieg zu entfesseln, von der gesamten friedliebenden Menschheit zur Rechenschaft gezogen und als Kriegsverbrecher abgeurteilt wird. Der morgen in Freiburg beginnende Landesfriedenskongreß, zu dem auch die Belegschaft des Sägewerks Richtberg einen Delegierten entsenden sollte, wird durch seine Beschlüsse dazu beitragen, daß der Frieden der werktätigen Bevölkerung gestärkt und als organisierte Kraft, die Erhaltung des Friedens sichern wird.

DER APPELL VON STOCKHOLM

WIR FORDERN das vorbehaltlose Verbot der Atombombe als einer Waffe der Aggression und der Massenvernichtung von Menschen.

WIR FORDERN die Errichtung einer strengen internationalen Kontrolle über die Durchführung dieses Beschlusses.

WIR SIND DER ANSICHT, daß die Regierung, die als erste die Atombombe gegen irgendein Land benutzt, ein Verbrechen gegen die Menschheit begeht und als Kriegsverbrecher zu behandeln ist.

Wir rufen alle Menschen in der Welt, die guten Willens sind, diesen Appell zu unterzeichnen!

Dieser Appell wurde einstimmig durch das Komitee des Weltkongresses der Kämpfer für den Frieden am 19. März 1950 in Stockholm angenommen.

Nehmt teil an dem großen Kampf für den Frieden der Welt

- Durch Unterzeichnung dieses Appells
- Durch seine Bekanntmachung
- Durch Sammlung von Unterschriften bei jedermann
- Durch Bildung von Friedenskomitees in Betrieben und Städten

Ein Junkersöhnchen macht in Kriegshetze

Aber die werktätige Bevölkerung will den Frieden

Freiburg. Vor einigen Monaten hatten sich Jugendliche der vier politischen Parteien im Schwabacher Park zusammengefunden, um über die gegenwärtigen politischen Probleme zu diskutieren. Unter anderem wurde auch über die Deutsche Demokratische Republik, über die Westgrenze der polnischen Volksdemokratie und das Verhältnis Deutschlands zur Sowjetunion gesprochen. Trotz erheblicher Meinungsverschiedenheiten zwischen den Teilnehmern dieser Aussprache, die auch auf ein Tonband aufgenommen wurde, beziehungsweise aber nie zur Sendung gelangte, war die Grundlage folgende Fragestellung: Was können wir jungen Deutschen tun, um die Einheit unseres Vaterlandes wieder herzustellen?

Als ein wichtiges Moment wurde bei dieser Aussprache die Notwendigkeit angesehen, wesentlich dazu beizutragen, um zu einer Verständigung zwischen der Jugend der DDR und der Jugend Westdeutschlands zu gelangen, deren geistige Entwicklung auf Grund der verschiedenen politischen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland ebenfalls verschiedene Bahnen gegangen war. Man kam bei der Aussprache schließlich auf das Naheliegendste zu sprechen, nämlich, selbst in das Gebiet der DDR zu fahren, um dort die Verhältnisse kennen zu lernen. Dieser Gedanke wurde besonders einem der Beteiligten, einem gewissen Franz v. Thadden, Volontär an der „Badischen Zeitung“, nahegelegt, da er sich schon zu früheren Zeiten in einer manchmal recht ausfalligen Polemik gegen die politische Entwicklung in der DDR gefallen hatte. Sein Aufenthalt in der DDR sollte dazu beitragen, daß durch einen gewissen Kontakt zwischen jungen Christen in der DDR und den Mitgliedern der „Jungen Union“ in Baden ein positives Band für den Kampf um die Einheit des Vaterlandes geknüpft wird.

Des Junkers Söhnlein wird verhaftet
Vor einigen Tagen veranstaltete nun die „Junge Union“, eine der CDU nahestehende Gruppe jüngerer Leute, in Anwesenheit ihres Gönners, des Landtagspräsidenten Person, und einer Anzahl Zuhörer im Heimatsaal der Harmonie einen Abend, auf dem derselbe Herr v. Thadden über seine Reiseindrücke im Osten unserer Heimat berichten sollte. Dazu kam es allerdings nicht. Herr v. Thadden hatte nämlich den unglücklichsten (er nannte es „spontan“) Weg gewählt, um den oben genannten Gedanken zu verwickeln. Noch wahrscheinlicher ist es allerdings, daß er gar nicht den ehrlichen Willen hatte, im Sinne der Aussprache im Südwestfunk zu handeln. Vielmehr machte er sich von Berlin aus ohne einen Interzonenpaß auf in Richtung der ehemaligen Klitsche seines Vaters, die inzwischen wohl von denselben Landarbeitern in Besitz genommen wurde, die ehemals für den Junker v. Thadden zum Stundenlohn von 20 Pfennig hatten schuften müssen. So war es nicht verwunderlich, daß des Junkers Söhnlein, noch bevor er sich davon überzeugen konnte, wie diese ehemals unterdrückten Landarbeiter zusammen mit den Umsiedlern auf dem entzogenen Boden der preußischen Großgrundbesitzer ihre eigenen Bauernwirtschaften führen, kurzerhand von der wachsenden Bevölkerung in polizeilichen Gewahrsam genommen wurde.

Damit war die Reise zu Ende. Herr v. Thadden wußte deshalb in der Harmonie auch nichts anderes zu erzählen, als seine

Eindrücke aus Polizeigefängnissen, in die man ihn bis zum Abschluß der Untersuchung gebracht hatte. Die ernstlich enttäuschten Zuhörer bekamen nur die Schilderung, einsamer Nichte in zugeschlossenen Zellen, wehmütige Klagen über vergitterte Fenster, Hocker ohne Lehnen und Pritschen ohne Schlaraffia-Matratzen, und was man sonst alles zu berichten weiß, wenn man das Innere eines Gefängnisses kennen gelernt hat, zu hören.

Der Versuchsballon platzt

Ein Punkt seiner Ausführungen wollen wir noch herausgreifen, weil er uns in einem bestimmten Zusammenhang sehr wesentlich erscheint. Herr v. Thadden betonte nämlich, daß man ihn sowohl bei der Verhaftung als auch in der Haft äußerst korrekt behandelt habe. Anders hier in Westdeutschland. Hier werden deutsche Abordnete und fortschrittliche junge Menschen nachts mit einem Riesen-Polizistengebot aus dem Bett geholt und gerade wegen ihres Kampfes für die Einheit unseres Vaterlandes, wegen ihres konsequenten Handelns im Interesse der friedliebenden deutschen Bevölkerung, ins Gefängnis geworfen. Es sei nur daran erinnert, daß in Westberlin in den letzten Wochen über 200 Jugendliche verhaftet wurden, weil sie die Jugend der Hauptstadt aufforderten, sich am großen Friedentreffen der deutschen Jugend zu Pfingsten zu beteiligen. Der Junkersohn, der hinten herum sich in das Gebiet der DDR einschleichen wollte, um dort wohl genau so zu hetzen, wie er das im Heimatsaal der Harmonie versuchte, wird nach wenigen Wochen ohne Schaden an Leib und Seele wieder freigelassen, obwohl die Bevölkerung der DDR allen Grund hat, ihm zu mißtrauen und ihn zu bestrafen. Das westdeutsche Bonner System aber, das Herr v. Thadden und die „Junge Union“ so

wohltönend preisen, bestraft nicht die Kriegsverbrecher, nicht die auf einen neuen Krieg lauenden ehemaligen Junker- und Schlotbarone, sondern diejenigen, die ihre ganze Kraft für den Frieden und die Einheit Deutschlands einsetzen.

Die Bevölkerung will den Frieden

Selbst der bereits mit einer bestimmten Tendenz aufgezogene Abend in der Harmonie aber zeigte, daß die Sehnsucht der Deutschen, ohne Zonengrenzen und Passierscheine in einem einigen Deutschland leben zu können, größer ist, als etwa das Bedürfnis, sich Hetzreden junger Gernegroße anzuhören. Denn die Fragen auf dem Abend mühten alle darin, wie es möglich gemacht werden kann, wieder mit den Verwandten und Freunden in der DDR Verbindung aufzunehmen. Darauf aber wußte der Redner des Abends keine Antwort. Wie gesagt, das wollte er auch gar nicht. Er wollte nur hetzen und selbst das gelang ihm nicht, obwohl im Präsidenten Person Beifall klatschte.

Der westdeutschen Bevölkerung ist mit solchen Versuchen, sie für einen neuen Krieg gegen den Osten reif zu machen, nicht nur nicht gedient, sondern die Hetzveranstaltung in der Harmonie sollte eine ernsthafte Mahnung sein. Sie beweist erneut, wie notwendig es ist, den Kriegstreibern, die mit der Inszenierung der Thaddenschen „Abenteuer“ auch in Freiburg einen weiteren Versuchsballon steigen ließen, endgültig das Handwerk zu legen.

Der Landesfriedenskongreß, der am Sonntag, dem 21. Mai, in Freiburg Delegierte tausender südbadischer Friedenskämpfer vereinigt, wird Herrn v. Thadden und seinen Hintermännern beweisen, daß sich die friedliebende Bevölkerung Südbadens durch Kriegshetze nicht verdammen läßt.

Auch die kleinste Brücke muß erhalten bleiben

Eine Mahnung: Noch immer werden Granaten zu Brückensprengungen aus den letzten Kriegstagen gefunden

Heidelberg. Die könnte eine völlig harmlose Angelegenheit sein, und vielleicht gäbe es keine Berechtigung, dafür in der Zeitung mehr als fünf Zeilen zu verwenden, wenn...

Da gibt es an der Straße Haag-Neckarhäuserhof eine kleine Brücke, die über den Finsterbach führt, und die in letzter Zeit Anlaß zu Beanstandungen gab, weil man sie als Verkehrshindernis, besonders für die schweren Stammholzfuhrwerke, bezeichnete. Darum entschloß man sich auch, die Brücke zu erweitern, und nachdem die finanzielle Frage nach schwerstem Kopfschmerz endlich gelöst schien, ging man dazu über, die Erweiterungsarbeiten zu beginnen.

Zunächst mußte unter der Brücke ausgegraben werden, und hierbei stieß man — und das ist nun der Grund, warum wir darüber berichten — auf zwei unter der alten Brücke eingegrabene Sprenggranaten, die vermutlich in den letzten Kriegstagen zur Sprengung dieses „Brückchens“ dort angebracht wurden. Man vermutet sogar, daß an der gleichen Stelle noch weitere Sprengkörper vergraben sind. Darum muß die Arbeit an der Brücke so lange eingestellt werden, bis diese gefährlichen Dinger restlos entfernt sind.

Bekanntlich flogen in den letzten Kriegstagen, wo es nur irgendwie ging, die Brücken in die Luft. Das war das bekannte Ab-

treten von der Bühne, die für die Nazis (wie Goebbels sagte) die Welt bedeuteten, und von dem er sagte, daß diese Welt in ihren Angeln erbeben würde. Nun, die kleine Brücke über den Finsterbach kam nicht mehr zum Beben. Gern hätten sie ja auch noch die kleinsten Brücken in die Luft gejagt, doch sie hatten kaum noch Zeit, ihre Koffer richtig zu packen. Und wenn sie auch das Chaos, das sie hinterlassen wollten, nicht so vervollständigen konnten, wie sie es sich ausgedacht hatten, so berührt es uns heute um so mehr, wenn wir an die planmäßig betriebenen Kriegsvorbereitungen für einen dritten Weltkrieg denken, die in den letzten Monaten immer offensichtlicher werden. Was damals nicht geschah, könnte dann so werden, wie es sich die Machthaber des Dritten Reiches einmal ausgedacht haben. Darum haben wir diese Geschichte berichtet, um jedem die Erinnerung an diese unseligen Tage wachzuhalten und ihm den Blick zu schärfen für die Gefahren, die bereits wieder über unserm Volk schweben.

Mit Propaganda und Hetze gegen ein Land — und heute ist es die Hetze gegen die Sowjetunion — fängt es an, und mit Brückensprengungen durch die die letzten Verbindungen zwischen Menschen vernichtet werden, endet es und selbst wenn es nur eine kleine Brücke ist, wie die über den Finsterbach.

Darum muß man auch schon dann, wenn für viele die Lage noch nicht so „brenzlich“ erscheint, etwas gegen die Möglichkeit eines kommenden Krieges tun. Und darum leisten in diesen Wochen auch in Westdeutschland alle Deutschen, die den Frieden ernstlich erhalten wollen, ihren Beitrag dazu durch die Unterschrift für den Frieden und gegen die Atombombe. —kn.

Kriegsbeschädigte

fordern Versorgungsreform

Stuttgart. (Iwb) Der Landesverband Württemberg-Baden der Kriegsbeschädigten Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands wird am 20. u. 21. Mai im Kursaal Bad Cannstatt zum Landesverbandstag zusammengetreten. An der Tagung werden 170 Delegierte und über 500 Gastdelegierte teilnehmen.

Wie es in einer am Dienstag veröffentlichten Mitteilung des VdK heißt, soll der Landesverbandstag der Regierung zeigen, daß die Versorgungsreform notwendig sei. Die Volksvertreter sollen „eindeutig an ihre Wahlversprechen und die daraus folgenden Konsequenzen“ erinnert werden. Der Landesverbandstag soll darüber hinaus der gesamten Öffentlichkeit ein Bild der sozialen Lage der Kriegsoffer geben.

Durmshelm. Am Samstag, dem 20. Mai, 20 Uhr, findet im Parteilokal die Mitgliederversammlung zur Neuwahl der Leitung statt.

Von den Freiburger Bühnen

Freiburg. Franz Léhars Operette „Der Zarewitsch“ beschließt die Reihe der Operetten-Inszenierungen in der Spielzeit 1949/50. Unsere Platzmieter weisen wir darauf hin, daß „Der Zarewitsch“ nur für eine Mietgruppe gegeben werden kann, und zwar für die Sonntag-Gruppe A der „Kleinen Platzmiete“ (am Sonntag, den 18. Juni).

„Der silberne Pfeil“, ein Spiel um ein Seifenkistlerrennen von Heinz Schimmelpfennig gelangt Anfangs Juni im Kammertheaterhaus zur Uraufführung.

Ein Gastspiel der bekannten Bühnen- und Filmschauspielerin Marika Röck steht für Mitte Juni im Großen Haus bevor.

Am Fronleichnamstag, 8. Juni, werden Richard Wagners „Meistersinger von Nürnberg“ als Vorstellung außer Miet wiederholt Beginn 17 Uhr.

Die städt. Bühnen verhandeln zur Zeit mit Kammeränger Helge Roswänge wegen eines Gastspiels als „Belmonte“ in Mozarts „Entführung aus dem Serail“.

Das Schauspiel bereitet für Mitte Juni im Großen Haus die Erstaufführung von „Mutter Courage und ihre Kinder“, einer Chronik aus dem 30jährigen Kriege von Bert Brecht vor.

Am 13. und 14. Juni finden in den Kammertheater Gastspielen der österreichischen Länderbühne statt. Zur Aufführung gelangt Goldonis „Diener zweier Herren“ in der Bearbeitung von Max Reinhardt. Inszenierung Helene Thimig.

Was der Fremdenlegionär Werner Link erlebte

Nachstehend veröffentlichen wir einen Bericht der „Südbadischen Volkszeitung“, in der das Schicksal eines jungen Deutschen, der aus der Fremdenlegion entflohen konnte, geschildert wird.

Tagtäglich werben in Westdeutschland Agenten der französischen Fremdenlegion junge Deutsche für den „schmutzigen Krieg“ in Vietnam. Das „Neue Deutschland“ berichtete vor einiger Zeit sehr ausführlich über die Erlebnisse des ehemaligen Legionärs Werner Tomushevski, der die skrupellosen Methoden der Anwerbung junger Deutscher und die angeblich „zur Verteidigung der westlichen Kultur“ begangenen Grausamkeiten der Legionäre gegen die Freiheitsarmee Vietnams anprangerte.

Vor kurzem stellte das Amt für Information der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der anwendenden in- und ausländischen Presse Werner Link vor, dem die Flucht aus der Fremdenlegion in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ebenfalls gelungen war. Werner Link, der heute Mitglied der Freien Deutschen Jugend ist, um, wie er sagte, mitzuhelfen die Verantwortlichen der imperialistischen Eroberungskriege zu entlarven, gab erschütternde Tatsachen über seine Erlebnisse in der Fremdenlegion bekannt. Wir entnehmen seinem Bericht folgende Einzelheiten:

Auf einer Besuchsreise nach Westdeutschland hat Link bei einem fröhlichen Abend Bekanntschaft mit zwei Männern geschlossen. In einer Landauer Villa wurde er reichlich mit Alkohol bewirtet, bis er todmüde schlafen wollte. In diesem Zustand forderte man ihn auf, einen „Übernachtungsschein“ zu unterschreiben und seinen Personalausweis zu deponieren. Am nächsten Morgen als er unzufrieden dem Schlaf geweckt wurde, eröffnete man ihm, er habe sich auf fünf Jahre für die Fremdenlegion verpflichtet.

In Landau begann sein Leidensweg, der ihn über Offenburg nach Marseille führte. Bereits in Offenburg traf Link Hunderte junger Deutsche aus den Westzonen, die ihm bestätigten, daß sie fast alle unter ähnlichen Umständen zur Legion gepreßt worden waren. Dabei stellte sich heraus, daß es in der sogenannten Bundesrepublik drei große Zentren der Anwerbung gibt, französischen Generalleuten, „Bewerbungen“ entgegen. Die Art und Weise, wie der einmal eingefangene Legionär behandelt wird, schilderte Link in drastischen Worten. Jede unliebsame Regung oder Äußerung wird brutal bestraft. Mißhandlungen durch die Vorgesetzten sind an der Tagesordnung. Alle Methoden der Verdummungspolitik werden angewandt, um jeden Widerstand zu brechen. So war es z. B. bei Androhung schwerster Strafen verboten, andere Sender als französische und — beziehungsweise — amerikanische zu hören. An Zeitungen dürfen nur die beiden Spezialblätter der Fremdenlegion gelesen werden. Besonders empörend ist die Rolle der westdeutschen Polizei, die Flüchtlinge aus den

Sammellagern skrupellos an die französische Besatzungsmacht ausliefert.

Was Werner Tomushevski bereits schrieb, bestätigte Werner Link. Das gesamte Ausrüstungs- und Waffenmaterial der französischen Fremdenlegion stammt — mit Ausnahme des weißen Käppis — aus amerikanischen Heeresbeständen. Für die Transporte stehen englische Frachter zur Verfügung. Man müßte also „zweckmäßig von der „anglo-amerikanischen Fremdenlegion“ sprechen, denn auch die oberste militärische Führung liegt in Händen der Anglo-Amerikaner.

In Marseille, wohin Link dann mit seinen unglücklichen Kameraden kam, steht das zentrale Lager, über das alle Transporte der Fremdenlegionäre geschleust werden, unter der Leitung des Amerikaners Wilkins, der den Rang eines Kapitäns der Fremdenlegion besitzt. Seine furchtbarsten Eindrücke hat Link bei der Entladung der Verwundeten im Hafen von Marseille erhalten. Der Anblick dieser Menschen sei fürchterlich gewesen. Wieviel mehr aber werden in Vietnam bereits verscharrt! Die Verluste sind unerhört groß!

Durch die Versetzung auf eine Außenstation erhielt Link die Möglichkeit zur Flucht. Quer durch ganz Westdeutschland erreichte er das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik. Hier ist er in Sicherheit, was den Schergen des anglo-amerikanischen Imperialismus und kann sich der wahrhaft menschlichen Aufgabe zuwenden: zu lernen, für den Frieden zu arbeiten, mitzuhelfen ein glückliches Leben aufzubauen.

Schlechtere Lebensmittel bei höheren Preisen

Stuttgart. (VSt) Der südwürttembergische Landwirtschaftsminister hat festgestellt, daß sich die Ernährungsweise der westdeutschen Bevölkerung gegenüber der Vorkriegszeit grundlegend geändert hat. Ein hoher Prozentsatz der Verbraucher müsse den Lebensmittelbedarf mit billigen Kalorien decken. Diese von einem westdeutschen Minister immerhin beachtliche Feststellung wird im Mitteilungsblatt des Ministeriums mit interessanten Zahlen begründet. Nach den Ermittlungen des Ministeriums kosten 100 Kalorien pflanzlicher Erzeugnisse 3 Pfg. gegenüber 10 Pfg. bei tierischen Erzeugnissen. Der gegenwärtige Verbrauch an Lebensmitteln belaufe sich auf knapp 2500 Kalorien, von denen etwa 1850, das sind rund 75 Prozent, auf pflanzliche Erzeugnisse und der Rest auf tierische entfallen. Nach weiteren Angaben kommen die in einem Monat verbrauchten Lebensmittel bei einem Tagesdurchschnitt von 2500 Kalorien auf etwa 34,47 DM pro Kopf der Bevölkerung, das sind bei einer vierköpfigen Familie rund 150 DM.

Es handelt sich also um eine Umstellung der Lebensweise, die nicht auf den veränderten Geschmack der Bevölkerung noch auf das schöne Wetter zurückzuführen ist, sondern die von der „sozialen Marktwirtschaft“ des Herrn Prof. Erhard erzwungen wurde. Schlechtere Lebensmittel bei höheren Preisen, das ist die Formel des Erhardischen Wunders für den kleinen Mann.

„Liebesspiel“ und Zeitungslektüre

Amerikaner mit „Braut“ war auch dabei
Weinheim. (Iwb) Die sittlichen und erzieherischen Pflichten eines Familienvaters schien ein Mann in Hohensachsen bei Weinheim gänzlich vergessen zu haben. In seinem 20 qm großen Zimmer las er bei Kerzenlicht Zeitung, während seine Frau und deren Freund, seine erwachsene Tochter und ein Amerikaner sowie sein Sohn und dessen Verlobte intim verkehrten.

Im Zimmer hielt sich außerdem noch sein zwölfjähriges Töchterchen auf. Der 31jährige Familienvater wird sich demnächst wegen schwerer Kuppelei vor einem Gericht zu verantworten haben.

Finanzamt wollte Vermögenssteuer von Justinus Kerner

Heilbronn. (Iwb). Auf der Einweihungsfeier des Justinus-Kerner-Hauses am vergangenen Sonntag in Weinsberg war zu erfahren, daß das zuständige Finanzamt im Jahre 1948 an Justinus Kerner geschrieben hat, er möge in der Frage seiner Vermögenssteuer auf dem Finanzamt vorsprechen. Der schwäbische Dichter Justinus Kerner ist im Jahre 1802 in Weinsberg gestorben.

Der Finanzbeamte sollte unwillig geworden sein, als ihn der Vorsitzende des Kerner-Vereins in Weinsberg fragte, ob er denn nicht wisse, daß Kerner vor fast 100 Jahren gestorben sei.

Kommunisten unterstützen keine Bankrottspolitik

Freiburger Stadtrat berät „Haushaltplan 1950“

Freiburg. Vergangenen Dienstag wurde im Freiburger Stadtrat mit der Debatte über den sog. Haushaltplan 1950 begonnen. Zu Anfang hielt Oberbürgermeister Dr. Hoffmann eine „Haushaltrede“, in deren Mittelpunkt eine der typischen Behauptungen des Leiters der Abteilung I in der Bürgermeisterei Freiburg stand. Er wollte nämlich den Versuch unternehmen, seine Zuhörer davon zu überzeugen, daß es sich in Wirklichkeit bei dem sog. Haushaltplan 1950 um einen ausgeglichenen Etat handele! Das Defizit von 3,5 Millionen DM sei im Grunde gar kein Defizit (!) und nur dadurch zustande gekommen, daß in ihm zwei Millionen DM enthalten sind, die zur Tilgung und Zinsendeckung der bisher gemachten Schulden dienen. Die ganze Schuldengeschichte aber sei Sache des Bundes und der müsse schließlich die „verschuldete“ von der Stadt Freiburg gezahlte Summe irgendwann einmal zurück-erstaten.

Demgegenüber wurde in der Diskussion trotz der generellen Zustimmung seitens der CDU, FDP und SPD mehrfach betont, daß der sog. Haushaltplan in keiner Weise auch nur die notwendigsten Aufgaben der Stadt gerecht werden könne, da eben kein Geld vorhanden und erreichbar sei. Ohne auf alle Einzelheiten des sog. Haushaltplanes, der, wie wir schon einmal erklärten, nichts anderes als eine eindeutige Bankrottansage darstellt, einzugehen, wollen wir uns das Wichtigste aus den über 500 Seiten umfassenden Zahlenaufstellungen noch einmal in Erinnerung rufen.

Die „ordentliche“ Bankrotterklärung der Stadt Freiburg schließt in den Einnahmen mit etwa 24,4 Millionen DM ab und sieht Ausgaben in Höhe von 27,8 Millionen DM vor. Der sog. außerordentliche Haushaltplan schließt in den Ein- und Ausgaben mit 19,6 Millio-

nen DM ab. Die bisherige Verschuldung der Stadt Freiburg beträgt etwa 20 Millionen DM, der Gesamtbetrag der neuen Darlehen, die zur Bestreitung von Ausgaben des außerordentlichen Haushaltplans bestimmt sind, wird auf 22,7 Millionen DM festgesetzt. Dem steht ein städtisches Vermögen von etwa 45 Millionen D-Mark gegenüber. Die Zinsen und Tilgungslast wird Ende 1950 die 3-Millionen-Grenze bereits überschritten haben. Um jeden Zweifel über die „Finanzkraft“ des sogenannten westdeutschen Bundes zu beseitigen, sei nur daran erinnert, daß dieser Bund bereits mit 11 Milliarden DM an die amerikanischen Imperialisten verschuldet ist.

Wir unterstützen keine Bankrottspolitik

Diese Zahlen beweisen mit aller Deutlichkeit, daß es nicht darauf ankommen kann, etwa hier und dort im Haushaltplan der Stadt Freiburg noch weitere Abstriche zu machen, wie dies im Stadtrat vorgeschlagen wurde, sondern daß die Gesamtpolitik nicht nur der Stadt Freiburg, sondern in ganz Westdeutschland eine grundsätzliche Änderung erfahren muß, um den Interessen der Bevölkerung gerecht werden zu können. Von dieser Forderung geht deshalb auch der Antrag der Kommunistischen Partei aus, der den Fraktionen des Stadtrats bereits in der vergangenen Woche vorgelegt wurde. Käthe Seifried, die an den Beratungen des Haushaltplans nicht teilnehmen konnte, führte deshalb in einem Schreiben an den Stadtrat nochmals aus, daß die Kommunistische Partei die Bedingung stellen muß, ihren gestellten Antrag mit zur Grundlage der Beratung zu nehmen und seine Forderungen seitens der Fraktionen des Stadtrats zu billigen. Andernfalls werde die Kommunistische Partei aus ihrer Verantwortung gegenüber der Freiburger Bevölkerung den Haushaltplan,

wie er durch die Stadtverwaltung ausgearbeitet wurde, ablehnen.

Die Forderungen der Bevölkerung. Der Antrag der Kommunistischen Fraktion, den wir bereits am Donnerstag vergangener Woche veröffentlichten, stellte vier Forderungen, die im wesentlichen folgendermaßen aussehen:

1. Die Freiburger Bevölkerung muß über alle ihre Interessen vertretenden Organisationen und berufsständischen Vereinigungen entscheiden an den Maßnahmen mitberaten können, die zur Überwindung der mit der augenblicklichen Finanzlage verbundenen Schwierigkeiten notwendig sind.

2. Der Freiburger Stadtrat lehnt jede weitere steuerliche Belastung der breiten Schichten der Bevölkerung und eine weitere Veräußerung des kommunalen Besitzes der Stadt ab.

3. Der Stadtrat beschließt vor allem im Interesse der 5000 wohnungsuchenden Familien in Freiburg, die Regierung zu ersuchen, die Zahlung der Besatzungskosten aus den Verpflichtungen der Stadt Freiburg so lange einzustellen, bis die Finanzierung des Wohnungsbauprogramms für das Jahr 1950 gesichert ist.

4. Der Stadtrat fordert die Aufhebung der Beschlagnahmen von Wohnungen seitens der Besatzungsbehörden zugunsten der wohnungsnotleidenden deutschen Bevölkerung.

Mit diesen grundsätzlichen Forderungen ist die Stellungnahme der Kommunistischen Partei zum vorgelegten Haushaltplan klar umrissen. Die übrigen Stadtratsfraktionen werden deshalb ihre Ehrlichkeit gegenüber den Sorgen der Freiburger Bevölkerung beweisen können, indem sie sich die Forderungen dieses Antrages zu eigen machen. Die Einzelberatung in der kommenden oder übernächsten Woche werden zeigen, wie weit man im Freiburger Stadtrat bereit ist, wirklich die Interessen der Freiburger Bevölkerung zu vertreten!

Die Sozialversicherung in der Sowjetunion

Im Gespräch mit dem Korrespondenten der „Frawda“ teilte der Sekretär des Zentralrates der Sowjetgewerkschaften, L. N. Solowjew, folgende Einzelheiten über die Leistungen der Sozialversicherung mit:

Die Sozialversicherung in der UdSSR erfährt die wichtigsten Seiten des materiellen und kulturellen Lebens, denn sich auf ausnahmslos alle Arbeiter und Angestellten aus und sieht die Versorgung in allen Fällen der Arbeitsunfähigkeit (Krankheit, Verletzung, Alter, Invalidität, Schwangerschaft und Entbindung) sowie der Versorgung der Familie vor, falls sie den Ernährer verliert.

Auf Kosten der staatlichen Sozialversicherung wird den Arbeitern und Angestellten der Aufenthalt in Sanatorien und Kurorten, Erholungsheimen und Prophylaktorien ermöglicht, während den Kindern der Arbeiter und Angestellten die Pionierlager und andere außerschulische Kinderstätten zur Verfügung stehen.

Die staatlichen Bewilligungen für die Sozialversicherung wachsen von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1940 betrug das Budget der Sozialversicherung 8,6 Milliarden Rubel, während es im Jahre 1949 17,5 Milliarden Rubel erreichte. Im laufenden Jahr ist es vorgesehen, für die Bedürfnisse der Sozialversicherung mehr als 16 Milliarden Rubel zu bewilligen.

Millionen von Werktätigen finden auf Kosten der Sozialversicherung Erholung und Heilung. Die Gewerkschaften unterhalten 1148 Sanatorien, Erholungsheime und Prophylaktorien, die allein im Jahre 1949 von 2.100.000 Menschen in Anspruch genommen wurden.

Besondere Sorge des Sowjetstaates und der Bolschewistischen Partei gilt den Müttern und Kindern. werdende Mütter erhalten vor und nach der Entbindung längere Urlaube, wobei der Lohn auf Kosten der Sozialversicherung weitergezahlt wird. Ein dichtes Netz von Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderberatungsstellen, -sanatorien und anderen Kinderstätten ist im Lande geschaffen worden. Große Mittel werden für die Sommererholung der Kinder ausgegeben. Allein im vergangenen Sommer haben Millionen Kinder von Arbeitern und Angestellten ihre Ferien in den Pionierlagern verbracht. Für die Schüler sind in den Klubs, in den Kulturpalästen verschiedene Zirkel und Kinderstationen eröffnet worden. Die Ausgaben, die damit verbunden sind, werden zum großen Teil aus den Mitteln der Sozialversicherung gedeckt.

Mutterschutz in Volks-Rumänien

Die junge rumänische Volksrepublik übernahm auf sozialpolitischem Gebiet eine recht traurige Erbschaft von dem früheren volksfeindlichen Regime. Rumänien übertraf bezüglich der Kindersterblichkeit alle europäischen Staaten, es hatte den traurigen Ruhm, mit 30,5 Prozent an der Spitze zu stehen. Der Krieg brachte neues Leid für Mutter und Kinder — Hunger, Luftangriffe und anderes.

Nach dem Sturz der Antonescu-Diktatur haben sich die Hausfrauen und Arbeiterinnen in freiwilligen Arbeitseinsatz bemüht, eine anfangs bescheidene soziale Tätigkeit zu entfalten, um die Spuren des Krieges zu beseitigen. Waisenhäuser und Kinderheime entstanden und wurden von den auf Initiative der Massen gebildeten Unterstützungskomitees versorgt. In den Betrieben mit mehr als 50 Arbeiterinnen wurden Kinderkrippen und Heime errichtet, so daß die Arbeiterin, der Sorge um ihr Kind entbunden, ruhig ihrer Arbeit weiter nachgehen konnte.

Die Sorge für den Schutz von Mutter und Kind wird durch folgende Statistik klar verdeutlicht: 658 Kinderheime in den Betrieben, 108 Kinderheime des Verbandes der Demokratischen Frauen (UFDR).

In den Städten gibt es heute: 263 Kinderkrippen, 2834 Betten für Kinderabteilungen in den Krankenhäusern, 850 Betten für Kinderabteilungen in Vorbeugungsheimen und Tbc-Sanatorien, 2180 Kindergärten, 1993 Dispensarien für Säuglinge und werdende Mütter, 3445 Milchzentren, wo täglich 400.000 Portionen Milch und sonstige Lebensmittel verteilt werden. 2383 Dürftuchen für Kinder.

Etwas derartiges gibt es in keinem kapitalistischen Lande und kann es auch gar nicht geben. In Amerika z. B. werden die Kosten der Altersversicherung in bedeutendem Maße vom Arbeiter selbst bestritten. Die Versicherung wird zu einer Art zusätzliche Steuer für die Werktätigen. Dort fehlt die Versicherung für den Fall der Krankheit und Invalidität gänzlich, es gibt keine unentgeltliche medizinische Hilfe.

In England, wie auch in anderen kapitalistischen Ländern, in denen es irgendwelche Arten der Versicherung gibt, müssen die Arbeiter und Angestellten die Versicherungsbeiträge aus ihrem Verdienst bestritten. Die Krankheitsbeihilfen dürfen in England 25 Prozent des Lohnes nicht übersteigen. Die

gesamte Versicherungsgesetzgebung wird so aufgebaut, daß die Auszahlung der den Werktätigen zustehenden, ohnehin geringen Beihilfen in jeder Weise erschwert wird. Gewöhnlich werden sie nicht vom ersten Tag der Krankheit, sondern vom dritten, vierten und sogar vom fünften Tag an ausgezahlt und zwar nur, wenn die bereits entrichteten Versicherungsbeiträge eine gewisse Summe erreicht haben.

Die sowjetische Versicherung ist die fortschrittlichste der Welt. Sie wird von der größten Massenorganisation der Arbeiter und Angestellten — von den Gewerkschaften — geleistet. Sie liegt voll und ganz in den Händen gewählter Organe, d. h. in den Händen der Werktätigen selbst.

Das große Bestreben der Völker

Von Frédéric Joliot-Curie

Der Wunsch der Völker nach Frieden bestätigt sich von Tag zu Tag immer mehr im Rahmen der großen Friedenskampfbewegung. Diese zählt in ihren Reihen schon Hunderte von Millionen Männer und Frauen aller Nationen der Welt, Männer und Frauen die handeln, die entschlossen sind, die Kriegstreiber zum Rücktritt zu bringen und den Frieden aufzuzwingen. In Frankreich sind es die Friedens- und Freiheitskämpfer, in deren Reihen die Kommunisten Schulter an Schulter stehen mit Bürgern und Bürgerinnen aller Meinungsrichtungen, verschiedener religiöser Konfessionen, alle sind sie sich einig, ein gemeinsames Ziel zu erreichen: Den Frieden.

„Es ist äußerst wichtig, unsere Aktion in der Schlacht für den Frieden noch zu verstärken, eine Schlacht, die man nicht von der Befreiung der Menschen trennen kann.“

Kaum erhebt sich die Menschheit von den Schrecken des letzten Krieges, und schon wollen die Imperialisten einen neuen Konflikt austragen und einen neuen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien vorbereiten.

Wir stellen uns mit all unseren Kräften gegen die Vorbereitung eines solchen Verbrechens.

Der Friede ist das gemeinsame Ziel, welches alle ehrlichen Leute versammeln soll; wir müssen dies hauptsächlich denjenigen zu verstehen geben, die noch nicht der Gefahr bewußt sind, was ein moderner Krieg

mit seinen schrecklichen Zerstörungsmitteln sein könnte.

Mit der Atombombe und der Superbombe, der sogenannten „Wasserstoffbombe“ würde es Dutzenden und aber Dutzenden von Millionen Toden geben und die Bilanz eines solchen Krieges würde unermesslich, materielle Zerstörungen zu buchen haben.

Gewiß würde die Anwendung dieser Mittel nicht den Sieg demjenigen geben, der sie als erster anwenden würde und wir wissen, daß die Sowjet-Union sie niemals als erste anwenden wird.

Gewiß wissen wir, daß letzten Endes die Entscheidung gegen die Angreifer durch eine geeinte sich erhebbende Menschheit, mit der Sowjet-Union an der Spitze, errungen wird.

Aber es ist nicht der Weg der Zertrümmerung und des Todes, auf dem die Männer des Fortschritts den Sieg erringen wollen. Deshalb hat das Weltkomitee der Friedenskämpfer, das sich in Stockholm versammelt hat, seinen rührenden Aufruf für das Verbot der Atomwaffe erlassen.

Wir verlangen das absolute Verbot der Atomwaffe, Waffe des Schreckens und der Massenvernichtung der Bevölkerungen; wir verlangen die schärfste internationale Kontrolle, um diese Verbotmaßnahmen zu sichern. Dies ist unser Ziel, es ist von außerordentlicher Wichtigkeit. Dieser Aufruf wird im Kampf all diejenigen versammeln, die von ganzem Herzen den Frieden wünschen.

Die Friedensanhänger würden als Kriegsverbrecher diese Regierung betrachten, die als erste die Atomwaffe gegen irgendein Land benutzen würde.

Die Friedenskämpfer werden ihr Werk für die Verbreitung der Wahrheit weiterführen, sie rufen zur Vernunft und Handlung auf, ohne irgend einen günstigen Faktor zu vernachlässigen, und ohne einer Drohung und Erpressung nachzugeben.

Indem sie die Kampagne zur Sammlung von Millionen Unterschriften, unter dem Aufruf des permanenten Komitees entwickeln, werden die Friedenskämpfer den

Nicht Bonn am Rhein — Berlin muß Deutschlands Hauptstadt sein!

Der Kongreß junger Friedenskämpfer — Antwort an die Kriegsbrandstifter!

besten Beweis erbringen, daß es ihr unerschütterlicher Wille ist, den Frieden in der Welt zu verteidigen.

Wir wollen, daß es allen Völkern gegönnt ist, in Frieden, die jeden Tag stärker werdenden Mittel, welche allen gegeben sind, nämlich die Naturkräfte zu benutzen. Und wenn verschiedene sich brüsten, die Welt beherrschen zu können oder zu wollen, weil sie glauben, im Besitz der besten Zerstörungsmittel zu sein, so müssen sie wissen und sich auch überzeugen, daß die anschwelende Masse der Friedensanhänger, ihr verbrecherisches Unternehmen zu Grunde richten wird.

(Aus „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie“.)

Unter der Maske des Kinderfreundes

„Otto“ hätte viele Knaben im Alter von 9 bis 12 Jahren verführt und erhielt dafür ein Jahr zwei Monate Gefängnis

Heidelberg. Bei seinem Vornamen riefen ihn alle die Altstadtbuben, so gut kannten sie ihn, den 37jährigen „Otto“, und das hatte seine Gründe. „Harmlose Begegnungen“ nannte er die Zusammenkünfte mit Kindern am Neckar oder Spaziergänge in den Wald, Fahrten ins Neckartal und nach Schwetzingen, und selbst, daß er sie mit aufs Zimmer nahm, um ihnen seinen Radio zu zeigen, auch das war alles nur aus Kinderfreundlichkeit geschehen.

Vor Gericht stellte es sich jedoch anders heraus. Es konnten ihm zahlreiche Fälle nachgewiesen werden, wo er sich an diesen Kindern sittlich vergangen hatte, und hierbei fielen zwei Fälle besonders stark ins Gewicht, weil sie an Hilfspächtern begangen wurden, von denen ein psychischer Widerstand ihm gegenüber nicht erwartet werden konnte.

Schon 1948 war Otto K. wegen gleicher Verfehlungen zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt worden, und dieses Mal erhielt er nun ein Jahr zwei Monate Gefängnis, wobei ihm die Folgen einer Operation und gewisse körperliche Mängel strafmildernd angerechnet wurden. Er kam also immerhin noch gut dabei weg.

Dieses Sittenbild, das hier vorm Heidelberger Landgericht aufgerollt wurde, ist kein Ausnahmefall. Immer mehr häufen sich seit Monaten in geradezu erschreckendem Maße solche sittlichen Vergehen an unmündigen Kindern. Es ist ein Ausdruck des Gesamtverfalls der bürgerlichen Gesellschaftsordnung der westlichen Welt, der nur beendet wird durch die Überwindung der alten verfallenden kapitalistischen Gesellschaft. Doch kann die richtige Einwirkung der Eltern auf ihre Kinder wenigstens vorbeugend schlimmste Auswüchse verhüten.

Zwei tödliche Stürze

Karlsruhe. In Malsch stürzte ein 15jähriger Flüchtling während der Arbeit vom Heuboden aus einer Höhe von 4 Metern ab und schlug dabei mit dem Kopf auf dem Steinplattenboden in der Scheune. Auf Grund der hierbei erlittenen Verletzung ist der Junge noch am gleichen Tage gestorben.

In Weingarten stürzte ein Hausfrau die Treppe herab und zog sich erhebliche Verletzungen zu. Trotz sofortiger Einlieferung in das Krankenhaus ist sie dort nach einigen Tagen verstorben.

1000 DM Falschgeld gegen 20 echte DM Bretten. (Iwb.) Die Landespolizei in Bretten hat dieser Tage einen Rheinländer festgenommen, der eintausend DM Falschgeld gegen 20 echte DM angeboten hatte. Das Falschgeld sollte in einer Seifenkiste von einem unbestimmten Ort nach Bretten transportiert werden.

Einbrecherbande in Stuttgart ausgehoben Stuttgart. (Iwb.) In Stuttgart konnte dieser Tage eine Einbrecherbande „unschädlich“ gemacht werden, die in letzter Zeit 13 schwere Diebstähle verübt hatte. Die drei Angehörigen der Bande haben vor allem in Verkaufsständen, Fabriken, Büroräumen und Bauhütten in Stuttgart-Bad Cannstatt eingebrochen. Bei den Festgenommenen handelt es sich um einen 20 Jahre alten Hilfsarbeiter, einen ebenso alten Schlosser und einen 21 Jahre alten Freiseur.

Besitzer von bissigem Hund bekommt die Post nicht mehr zugestellt

Heilbronn. (Iwb.) Ein Heilbronner Briefträger wurde dieser Tage bei seinem Rundgang in einem Gehöft von einem bissigen Hund angefallen. Zum Schutz hielt der Post-

bote einen Stoß Briefe vor sich hin, die der Hund dann zerfetzte. Das Heilbronner Postamt hat darauf hin verfügt, daß dem Besitzer dieses Hundes keine Post mehr in das Haus zugestellt werden soll.

Leichenfindung

Mannheim. Die Leiche des am 10. Mai d. J. am Neckar ertrunkenen 11 Jahre alten Jungen konnte nunmehr in Höhe der Otto-Beck-Straße im Wasser treibend gesichtet und von zwei Studenten an Land gebracht werden.

Warnung vor Betrüger

Neustadt. Als „Apotheker“ und im „Gesundheitswesen erfahrener Mann“ gab sich ein 40 bis 45 Jahre alter Mann aus, der angeblich für eine Karlsruhe pharmazeutische Fabrik Josef Burger reist. Er ließ sich in einem Falle 11.20 DM und in einem anderen 6.98 DM von zwei Frauen als Vorauszahlung für Medikamente, die er schicken wollte, geben. Beide Frauen hatten Bestellungsformulare mit dem Namen der Firma unterschrieben. Wie sich jedoch nach Rückfragen in Karlsruhe herausstellte, ist die angegebene Adresse und Firma dort unbekannt.

Tübinger Affen haben sich an Malkäfern überfressen

Tübingen. (Iwb.) Die Affen, Hühner, Waschbären und Enten des Tübinger Zoologischen Gartens haben sich in den letzten Tagen an Malkäfern überfressen. Der Leitung des Zoos berichtet das Befinden dieser Tiere große Sorge.

Die Zooleitung hatte die Schulkinder darauf hingewiesen, daß die Affen gerne Malkäfer fräßen. Die Kinder ließen sich das nicht zweimal sagen und lieferten in großen Mengen Malkäfer bei der Zooleitung ab.

Nach glaubwürdigen Aussagen sollen sich jetzt den Affen die Haare sträuben, wenn sie nur einen Malkäfer sehen.

Murks und Strupps, die beiden Schweine-kinder

Buchen. (Iwb.) Ein junges Mädchen begegnete dieser Tage auf einem Spaziergang bei Buchen einem alten Wildschwein mit Frischlingen. Entgegen allen bei derartigen Anlässen geübten Gepflogenheiten kletterte das Mädchen weder auf einen Baum, noch ergriff es die Flucht. Es stürzte sich vielmehr auf zwei der jungen Tiere, nahm sie unter den Arm und rannte mit ihnen davon. Zu Haus zieht nun das Mädchen die Schweinekinder, die auf die Namen Murks und Strupps getauft worden sind, mit der Flasche groß.

Schwarzwaldverein Freiburg

Freiburg. Am Sonntag, dem 21. Mai 1950 findet eine Tageswanderung: Himmelsreich-Scheibelfelsen-Hölzle-Höfner Hütte-Rotcksattel-Scheibelfelsen-Zastler-Kirchzarten statt. Abfahrt um 8 Uhr ab Hauptbahnhof mit Sonntagskarte nach Himmelsreich. Gehzeit 6 1/2 Stunden. Führung: Wecke, Brecht, Haupt. Anmeldungen für die Wanderung am Pfingstmontag nach der Lothenbachklamm müssen bis spätestens 22. 5. 50 auf der Geschäftsstelle erfolgt sein. Die Hofgrunder Hütte ist zu Pfingsten bereits voll belegt.

Sonderzug nach Mannheim

Freiburg. Aus Anlaß des Boxkampfes Hein ten Hoff gegen Walcott verkehrt am Pfingstsonntag, dem 28. Mai 1950, ein Verwaltungs-Sonderzug mit 60 Prozent Ermäßigung von Offenburg nach Mannheim und zurück. Auf den Anschlussstrecken bis 100 km werden 50 Prozent Fahrpreisermäßigung gewährt. Die Bahnhöfe nehmen Bestellungen auf Sonderzugs- und Eintrittskarten entgegen.

Die Verzweifelnden und die Hoffenden

Aus der Botschaft an die deutsche Jugend von Abbé Jean Boulier

Kein Deutscher kann seine Zustimmung dazu geben, daß sein Land für alle Zukunft in zwei Teile zerrissen bleibt. Aber wie ein tragisches Sinnbild der Welt, der Welt von morgen, ist Deutschland geteilt zwischen der Verzweiflung und der Hoffnung.

Die Verzweifelnden wissen, daß alles mißbraucht worden ist und die Demokratie vielleicht mehr als alles andere. Sie nehmen auf neue ihre Zuflucht zur „Realpolitik“, zur Rüstung, zum Krieg — so, wie man auf einen Abgrund zuflieht. Sie rufen Deutschland dazu auf, den Selbstmord des Weltalls zu entessen, und sehen inzwischen zu, wie die Arbeitslosenschlangen immer länger werden.

Die Hoffenden haben für heute und für morgen nichts als Arbeit zu versprechen. Stunden der Entbehrung, schwere Tage. Aber sie wissen, daß der Mensch seine Geschichte selbst gestaltet, daß keinerlei Verhängnis ihm gefangenhält, daß er frei ist, wenn er den Mut hat, sich zu befreien, daß auf der Länge nichts aufgebaut werden kann, und daß letzten Endes die Wahrheit nichts Trauriges an sich hat.

Wo sind die Verzweifelnden? Wo sind die Hoffenden? Ueberall in Deutschland stehen sie in heimlichem Kampf gegeneinander. Aber allmählich erhebt aus ihren gegensätzlichen und unbewußten Bestrebungen ein Werk, zeichnet sich ab und reift. Sollte ich Unrecht haben, wenn ich sage: Seht! Seht, wie die noch zarten Halme sich heben! Die Männer der Verzweiflung haben das westliche Deutschland erbaut. Aber das östliche Deutschland wird erbaut von Männern der Hoffnung.

In diesen Tagen, in denen der Winter die erste Berührung des Frühlings spürt, peitscht ein eisiger Wind die Hoffnung. Aber seht hin, seht doch besser hin: die Gewißheit des Frühlings ist bereits da, und morgen wird der Frühling in aller Wirklichkeit da sein!

Auf welche Seite gehören die Christen? Diejenigen unter ihnen, die verzweifeln, flüchten sich in die Apokalypse. Sie warten darauf, daß die Sterne vom Himmel stürzen und beugen sich im Vorhinein unter dem Feuerregen der Atombomben. Jedesmal, wenn in der Vergangenheit die Menschheit gekreuzigt wurde, haben diejenigen Christen, die nicht die Hoffnung besaßen, den Ostermorgen vergessen und das Ende der Welten verkündet.

Dabei geht es nur um das Ende einer

Welt, nämlich der kapitalistischen Welt. Es ist eine alte, verbrauchte Welt, die im Blut, in Ruinen und Lüge zusammenbricht.

Aus einem offenen Brief von Ila Ehrenburg an die Schriftsteller des Westens. Die Unterschriften sind nicht Papier, sondern Gelübnis zum Frieden

Man kann mir vorhalten, daß Unterschriften keinen Krieg verhüten und die Menschen nicht vor Bomben und Superbomben schützen. Solche Einwendungen scheinen mir unrichtig und unwürdig zu sein. Jene Zeiten sind längst vergangen, in denen Kriege von besonderen Kästen geführt wurden. Ich glaube nicht, daß man heute gegen den Willen der Völker und gegen den Willen der einfachen Menschen Krieg führen könnte. Die Unterschriften unter dem Aufruf, in dem die Atomwaffe geächtet wird, sind nicht nur Bogen Papier mit einer Aufzählung der Namen von Amerikanern und Russen, Engländern und Franzosen, Italienern und Polen, Chinesen und Indern. Die Unterschriften sind gleichbedeutend mit dem Entschluß, dem Willen und dem Gelübnis von Millionen und aber Millionen Menschen.

Auf zum Deutschlandtreffen!

Ungarns Sportler sind dabei Budapest. Der Zentralrat der FDJ hat die ungarischen Sportler eingeladen, am Deutschlandtreffen teilzunehmen. Die Einladung wurde in Ungarn mit großer Freude aufgenommen. Ungarn wird eine Handballmannschaft, Schwimmerinnen und Schwimmer und Spitzenkämpfer ihrer Leichtathleten zum Fest der deutschen Jugend entsenden. Unter anderem werden die ungarische Landesmeisterin im Brustschwimmen, Eva Szekely, die Meisterin im Kunstspringen, Irene Zsagot, die Olympiasiegerin im Weitsprung, Olga Gyarmati und die Mittelstreckenläufer Sandor Garay und Vilmon Tolgyesi Pfingsten 1950 in Berlin am Start sein.

Farbfilm „Deutschlandtreffen“

Berlin. Die „DEFA“ wird von dem großen Friedentreffen der Jugend Pfingsten 1950 unter starker Mitwirkung junger „Filmleute“ einen großen Farbfilm drehen. Erfahrene Kameraleute haben die Leitung, und die Jugend selbst wird filmen. Schon heute freuen sie alle, diesen Film einmal später sehen zu können, wenn das große Ereignis vorbei ist, und die weiße Leinwand in farbenprächtigen Bildern die Erinnerung wieder auferstehen läßt.

Die Armee des Friedens

Von Dr. Fritz Jensen

In den vergangenen Jahrhunderten, und bis auf den heutigen Tag, war die reguläre Armee in China gefürchtet und verhaßt. Soldat zu sein, war eine verachtete Beschäftigung; in die Armee gepreßt zu werden, das größte Unglück; und Soldaten ins Dorf zu bekommen — gleichbedeutend mit einer Katastrophe. Für die Armeen der Kuomintang sind die Provinzen, in die sie geschickt werden, Feindesland und die Bürger hilflose Objekte der Bedrückung.

Aber die Soldaten der befreiten Gebiete sind grundverschieden von den gequälten zwangsrekrutierten Geschöpfen der Kuomintang, die so gefährlich sind, weil die eigene Not sie grausam macht. Ein junger Soldat der Neuen Vierten Armee faßte den weiten Unterschied in ein einziges Wort zusammen. Die kurze Begegnung, die ich mit ihm hatte, machte um so mehr Eindruck auf mich, als ich kurz vorher ein Gespräch mit einem Kuomintang-Soldaten niedergeschrieben hatte, dessen stumpfe, oft gehörte Antworten mir für die Atmosphäre im Heer Tschiangkai-scheks charakteristisch erschienen. Beide Gespräche sind hier so wiedergegeben, wie sie geführt wurden.

Ich hatte im Sommer 1946 eine Dienstreise in das befreite Gebiet nördlich vom Jangtse zu machen. Mit dem Kuomintang-Posten, der am Südufer des Flusses Wache hielt, hatte ich folgenden Dialog:

„Wie la gest du schon bei der Armee?“
 „Vier Jahre.“
 „Bist du gern dabei?“
 „Was kann ich denn machen.“
 „Hast du Familie?“
 „Ja, zu Hause, weit im Süden, in der Provinz Kuangsi.“

„Hast du Nachricht von ihnen?“
 „Nichts zu machen. Aussichtslos.“
 „Nun, da die Japaner geschlagen sind, warum gehst du nicht nach Hause?“
 „Wie kann ich? Kein Geld — keine Erlaubnis.“

„Aber warum denn nicht — jetzt, wo der Krieg vorbei ist?“
 „Ich weiß nicht, nichts zu machen.“

Ich sah ihn genau an. Er sah harmlos genug aus. Der Typus des schmalen, südkinesischen Bauern, wie ich sie zu Hunderten in den Betten meines Cholera-Hospitals in Kuangsi hatte liegen sehen. Und doch wird er, wenn er mit seinen Kameraden in ein Dorf eindringt, das den Roten gehört hat — dort, unter den „Fremden“ des Nordens —, aus Armut, aus Gewohnheit und aus Unwissenheit morden und plündern.

Ich setzte über den Fluß und kam zum ersten Dorf der Befreiten Gebiete. Dort führte mich ein Rotarmist von achtzehn Jahren zu meinem Quartier. Ich wiederholte mein Frage- und Antwortspiel vom anderen Ufer:

„Bist du gern bei der Armee?“
 „Wie würde ich denn nicht gern dabei sein?“
 „Nun, die Soldaten auf der anderen Seite lieben die Armee nicht so sehr.“

„Ja,“ sagte er, das ist ein Unterschied. Wirklich und tatsächlich — der Unterschied ist riesengroß. Die auf der anderen Seite haben keine Politik. Aber wir — bei uns hat ein kleiner Bub von zehn Jahren mehr Politik als drüben ein Erwachsener.“ Er schüttelte bedauernd den Kopf. „Keine Politik, dort drüben“, wiederholte er. „Wie können sie verstehen, worum der Kampf geht, ohne Politik.“

Und das war, wie ich herausfand, wirklich der entscheidende Unterschied: die Befreiungsarmee des Volkes — angefangen von den vierzehnjährigen „kleinen Teufeln“, die wuschen, Meldegänge machten, kochten und all die unbedeutenden, aber in der Gesamtheit so wichtigen Dienste verrichteten, von der eine Armee lebt, bis zum General und Kommandierenden Tschuh Teh — war eine politische Armee. Viele der älteren Offiziere hatten noch den Langen Marsch mitgemacht, das heißt sie waren nach Jenan gekommen, nachdem sie durch jene fast legendäre, durch unsägliche Strapazen und übermenschliche Ausdauer gekennzeichnete Periode hindurchgegangen waren, die zwischen dem Ende und dem Beginn der Neuen Demokratie lag.

Der politische Charakter der Befreiungsarmee zeigte sich in erster Linie in ihrem Verhältnis zur Zivilbevölkerung. Seit dem Beginn des Krieges gegen Japan sind die Acht Regeln in den Händen jedes Soldaten der Befreiten Gebiete:

1. Wenn du die Tür des Bauernhauses als Bettbrett benutzest, hänge die Tür wieder ein, bevor du das Dorf verläßt.
2. Bevor du aufbrichst, binde das Stroh, auf dem du schliefst, in Bündel und bringe es dorthin, wo du es fandest. Was immer du von seinem Platz nimmst, stell zurück. Kehre den Fußboden, bevor du weggehst.
3. Sei bescheiden, aufrichtig und freundlich.
4. Keine Beschläge. Zahle den Marktpreis für alles, was du kaufst.
5. Wenn du etwas borgst, gib es zurück.
6. Wenn du Schaden anrichtest, ersetze ihn.

7. Mache die Dörfer nicht schmutzig. Grab deine eigene Latrine.

8. Belästige die Frauen nicht. Bade nicht nackt, wo sie dich sehen können.

„Nicht einmal ein Stück Zwirn oder eine Nähnadel darfst du von den Bauern nehmen“, ist der erste der drei Disziplinsätze, die jeder Soldat der Neuen Demokratie befolgen muß.

Die Acht Regeln, noch aus der Zeit der ersten Partisanenkämpfe stammend, haben zur Entwicklung einer weitgehenden Einheit zwischen Bevölkerung und Befreiungsarmee geführt.

Während des Krieges gegen Japan, als die Kuomintang-Blockade des Nordwestens die wirtschaftliche Lage im Hinterland der Partisanen erschwerte, wurde die Bewegung zur Steigerung der Produktion zeitweise ebenso wichtig wie der Kampf an den Fronten hinter den Linien.

Die 359. Birgade der 120. Division hatte drei Jahre lang in erbittertem Kampf gestanden. Im Jahre 1940 wurde sie zurückgezogen und bekam die Aufgabe, die Grenze zwischen dem kommunistischen Nordwesten und dem benachbarten Kuomintang-Gebiet gegen die Ueberfälle der halben Million Truppen zu sichern. Die Tschiangkai-schek dort stationiert hatte. Gleichzeitig wurden die erprobten Kämpfer als Pioniere in der Produktionsbewegung eingesetzt. In einem Distrikt des Jenangebietes, das seit einem Aufstand der Mohammedaner im Jahre 1880 brachgelegen hatte, begann die Brigade ihre Arbeit. Die Bauern sahen mit Erstaunen auf die Genossen Oberleutnants und Obersten, die sich vor den Pflug spannten weil Mangel an Zugtieren herrschte.

„Was für eine Armee!“ sagten sie. „Wer hätte je erwartet, Soldaten auf dem Feld arbeiten zu sehen! Aber immer noch kann man sehen, daß ihr richtige Soldaten seid. Vergebt uns, wenn wir euch sagen, daß ihr viel

Chinesische Frauen grüßen die Frauen Westdeutschlands

親愛的德國愛好和平的姐妹們。
 中國婦女願意和你們攜手，為了我們的孩子，為了世界永久和平共同奮鬥。

白芸
 鄭安娜
 1950. 4. 21

Viele hunderte westdeutscher Frauen hatten den Frauen des befreiten Chinas zum internationalen Frauentag 1950 eine ledegebundene Grußadresse geschickt. Dieses Album wurde auf der Ratstagung der Internationalen Frauenföderation Ende April in Helsinki durch eine Vertreterin des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands den Delegierten der Frauenorganisation des befreiten China, die 22 Millionen Frauen umfaßt überreicht. „Mit großer Bewegung“, so schreibt der Demokratische Frauenbund Deutschland, „durften wir nun einen ersten persönlichen Gruß der chinesischen Frauen empfangen. Auf einem kleinen weißen Blatt Papier sandten uns die Schwestern aus dem Fernen Osten ihren Gruß.“

„An unsere friedliebenden Schwestern in Westdeutschland! Die chinesischen Frauen sind bereit, mit Euch Schulter an Schulter zu kämpfen für das Glück Eurer Kinder und für einen dauernden Frieden in der Welt.“

21. April 1950.
 Tai Jan
 Anna Ching.

Arbeitskraft verschwendet. Das macht ihr falsch und jenes ist nicht richtig und mit solchen Handgriffen würdet ihr mehr fertigmachen.“

Und die Soldaten wurden zu Schülern ihrer Zuschauer.
 Aus dem Buche von Fritz Jensen „China siegt“, das jetzt im Dietz-Verlag, Berlin, erschien.

Ein „Heinrich-Mann-Archiv“ soll Prof. Kantorowicz im Auftrag der Deutschen Akademie der Künste in Berlin aufbauen. Prof. Kantorowicz bereitet gegenwärtig eine Neuausgabe der Werke Heinrich Manns vor, die 13 Bände umfassen wird.

Thomas Mann, Werk und Entwicklung, ist der Titel eines neuen Buches von Prof. Dr. Hans Mayer, das der Verlag Volk und Welt zum 75. Geburtstag des Dichters (6. Juni) herausbringt.

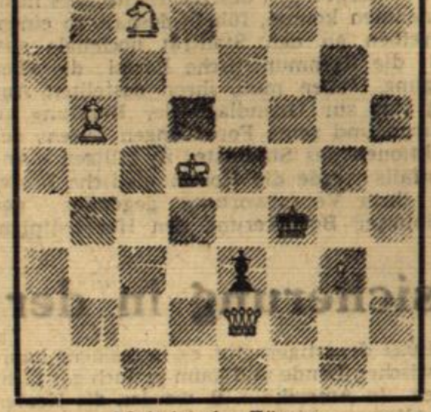
Das internationale Musikfest „Prager Frühling 1950“ wurde durch ein Festkonzert feierlich eröffnet. Der stellvertretende Ministerpräsident, Zdenek Fierlinger, begrüßte die prominenten ausländischen Gäste, die aus der Sowjetunion, den Volksdemokratien, Frankreich und anderen Ländern eingetroffen waren.



Hannelore Schroth in dem Film der Jungen Film-Union „Die wunderschöne Galathee“ als Mädchen Leni, das auf dem Wochenmarkt für ihre Tante Grünzeug verkauft.

Schach- und Rätselcke

Problem Nr. 44
 F. Bethge, Bad Homburg



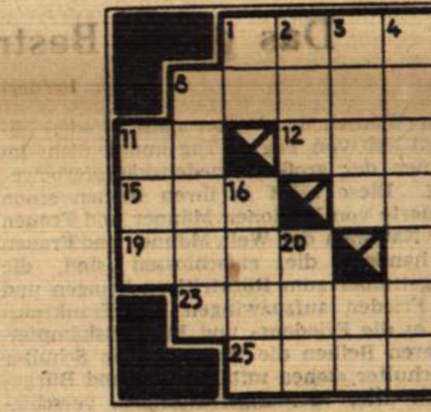
Matt in vier Zügen
 Kontrollstellung
 Weiß: Kd5, De2, Sc8, Bb6 (4)
 Schwarz: Kf4, Be3, (2)

Lösung: Dame gegen Bauern
 1. ... Kd5 — c6! 2. b5 — b7, Kc6 — b6
 3. b7 — b8D, Kb6 — a6! 4. Db8 — c7, Dd7 — e8
 5. De7 — b8, De8 — c6, Db8 — b7, Dc6 — b7
 matt. — Zweite Stellung ohne Bd6: Schwarz kann jetzt nicht wie vorher gewinnen, denn nach 1. ... Kc6, 2. b7, Kb6, 3. b8D, Ka6: rettet sich Weiß durch 4. Dd6! in eine Pattstellung. Die Stellung bleibt aber trotzdem nicht un-

entschieden, weil Schwarz folgenden Gewinnweg einschlagen kann: 1. ... Dd7 — c8! 2. Ka8 — a7, (oder 2. Kb7, Kc5, 3. a7, Dd7, 4. Kb8, Kb6: usw.), 2. ... Kd5 — c6, 3. b6 — b7, Dd8 — b6 usw.

Unzicker schlug Schmidt überlegen
 In der zehnten Runde der deutschen Schachmeisterschaft in Bad Pyrmont gingen am Samstag die meisten Teilnehmer aus ihrer bisherigen Reserve heraus und legten ihre Partien riskant an, um einem Remis aus dem Wege zu gehen. So gab es in den sechs beendeten Partien nur Siege. Spitzenreiter Unzicker hatte nach seinen schwächeren Leistungen am Freitag wieder einen großen Tag und ließ Schmidt von Anfang an keine Chance. Bogoljubow hatte mit Schindler zunächst einige Schwierigkeiten und setzte sich erst durch, als dieser in falscher Beurteilung des Endspiels den Dame-Tausch herbeiführte. Der ständig besser werdende Pfeifer gewann eine schöne Angriffspartie gegen Dr. Lange. Die Überraschung des Turniers, Dr. Staude behauptete sich durch einen Gewinn gegen Sahlmann.

Stand nach der zehnten Runde: Unzicker 8½ Punkte; Bogoljubow 7 Punkte; Pfeifer und Dr. Staude je 6½ Punkte; Dr. Lange, Schmidt und Teschner je 5½ Punkte; Keininiger 5 Punkte und eine Hängepartie; Eisinger, Machate, Dr. Troeger je 4½ Punkte und eine Hängepartie; Relstab und Lohmann je 4 Punkte und eine Hängepartie.



Unser Kreuzworträtsel

Waagrecht: 1. Vernichtungswerk, 8. männlicher Vorname, 9. Stadt in Eritrea, 12. Erdteil, 13. Vortrag, 15. männl. Vorname, Kurzfl. 18. rumänisches Zahlungsmittel, 19. Stadt in Rumänien, 21. Nebenfluß der Donau, 23. Kettengebirge von Alaska, 24. Stadt in Italien, 25. Republik in SW-Asien.
 Senkrecht: 1. Abkürzung für Doktor, 2. straußenähnlicher Vogel, 3. Düngemittel, 4. Stadt im früheren D.-SW.-Afrika, 5. Stadt in Belgien, 6. Wurfspiel, 7. Lasttier, 8. Stadt in Indien, 10. weibl. Vorname, 11. Stadt und

Badeort bei Kassel 14. feierliche Versicherung, 16. Kreditinstitut, 17. Faserpflanze, 20. weibl. Vorname, 22. Stadt im ägypt. Sudan.

Auflösung unseres letzten Rätsels
 Waagrecht: 3. Bulgarien, 8. Gabe, 9. Niet, 10. Leim, 10. Esse, 12. Elle, 14. Terz, 15. Risti, 16. Wega, 18. Nest, 20. Sebu, 21. Skat, 22. Asse, 24. Trab, 25. Air, 27. Njassasee, 32. Azur, 33. Ahle, 34. Savanne.
 Senkrecht: 1. Rubel, 2. Reise, 3. Ball, 4. Leier, 5. Ar. 6. Instinkt, 7. Neer, 13. Ast, 15. Rabe, 17. Essenz, 19. Stapel, 23. Lissa, 25. As, 26. Ra, 28. Jus, 29. Ara, 30. San 31. Ehe.

Einmal so — einmal so



Bluse für sich, wenn nicht die vielen kleinen Knopflöcher an Halsausschnitt und Aermel darauf hindeuten würden, daß hier wahrscheinlich noch mehr Möglichkeiten bestehen. Wenn Sie sich unsere beiden Vorschläge ansehen, und sich ein wenig damit befassen, werden Sie auch gleich sehen, daß dies noch nicht einmal die einzigen und die nettesten sind. Vielleicht fallen Ihnen noch viel hübschere Sachen ein. Oder gar sie stricken das Ganze und machen einen entzückenden Pullover daraus.

Das „zugeknöpfte“ Modell ist praktisch für kühle Tage. Ein Einsatz und Aermel aus dem gleichen oder aus andersfarbigem Material werden mit einer Knopfleiste versehen. Sie darf nicht zu knapp angebracht werden, da die Kanten sonst zu leicht aus dem Ausschnitt herausrutschen können. Statt der langen Aermel kann man auch nur eine schmale Blende aufknöpfen.

Für festliche Gelegenheiten oder für den Hochsommer ist unser zweites Modell gedacht. Es zeigt wieder die gleiche Grundform, wirkt aber viel weniger streng. Den Rand, rund um den Hals bzw. Schulterausschnitt, kann man nun verschiedenartig gestalten. Sie können ihn mit Kurbelstickerei ausstatten, ihn selbst mit hübschen Ornamenten besticken, ihn nur ganz schlicht in einer anderen Farbe oder in einem anderen Material — wie z. B. einer glänzenden Krawattenseide — halten. Er wird in jedem Fall doppelt breit gearbeitet. Die Knopfleiste befindet sich auf der linken Seite, von wo er auch eingeknüpft und dann umgeschlagen wird. So sitzt er sehr hübsch und verbreitert auch schmale Schultern ein wenig. Gustl.

Kleider sahen wir schon eine Menge, die einmal so und einmal anders getragen werden können, heute ist es eine sehr hübsche Bluse, die sich Ihnen recht „wandelbar“ präsentiert. Zwei Teile — Vorder- und Rückenteil gleich geschnitten — sind lediglich an den Seiten und, da der kahnförmige Ausschnitt die ganze Schulter frei läßt, noch an dem nur kurzen Aermelteil zusammengenaht. Besonders schmiegsam und gutschmeckend wirkt diese Bluse, wenn sie aus einem weichen Trikotstoff oder Jersey gearbeitet ist. Wo nötig, wird hier und da — in der Taille und an der Brust — noch ein Abnäher angebracht.
 Diese Grundform allein ist schon eine



Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN
 Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

25. Fortsetzung

Mr. Thomson trank Whisky, und plötzlich kam ihm im Rausch ein Gedanke.
 „All right! Ich habe doch Alitot. Oh! Er und ich, wir sind hier alles. Durch ihn kann ich überall Anzählungen machen und das Rauchwerk gleichsam an der Quelle aufkaufen. Hahaha! Die North Company wird sich mit dem Aufkauf von Eidergansenern begnügen müssen! Die werden ihr kaum gefallen!“

Mr. Thomson malte sich aus, wie ein Riesendampfer der North Company mit Waren anlaufen würde, und kein „Schwanz“ würde zu kaufen sein. Alles hat Alitot gekauft, überall sind Anzählungen auf Peize für das ganze Jahr gemacht worden. Mochte Mr. Thomson dieses eine Mal sogar Verluste einstecken! Mochte sein Konto auf der Bank in Washington diesmal unverändert bleiben!

Das wird eine Konkurrenz! Mr. Thomson schlägt die mächtige North Company!

Seine Familie hielt Mr. Thomson im kalten Vorraum, in dem mit Fellen ein Schlafgemach abgetrennt war. In diesem engen Raum wohnten Mr. Thomsons Frau und seine sechs Kinder. Die Kinder waren nicht ganz weiß. Sie lebten wie Tschukttschen. Ihr Schlafgemach beleuchteten und heizten sie mit einer Tranzfanzel. Sie schliefen auf Rentierhäuten und nährten sich von dem billigen Walroß- und Seekalbflisch. Die Familie kostete Mr. Thomson wenig. Im gleichen Raum lebte auch der Knecht Jarak, den Mr. Thomson schon als Kind zu sich genommen hatte. Sie lebten abgeschieden nach altem Brauch. Nur hier und da, wenn Mr. Thomson es für notwendig erachtete, rief er seine Angehörigen zu sich.

Die älteste Tochter, Mary, war schon neunzehn Jahre alt, und nach Mr. Thomsons Rechnung verdiente sie bereits mit Nähen bedeutend mehr, als ihr eigentlicher Unterhalt kostete. In ihrer Lebensweise unterschied sich Mary wenig von ihren Freundinnen, den Mädchen der Siedlung Loren. Ihre Gedanken befaßten sich mit den gleichen Dingen. Wie die übrigen Bewohner der Halbinsel sprach sie nur tschukttschisch, ihre Gesichtszüge waren aber europäisch, und sie war schlank und schön. Die großen, schwarzen Augen mit den langen Wimpern waren besonders anziehend. Vielleicht beachtete sie deshalb Mr. Thomson mehr als seine übrigen Kinder. Er kleidete sie in die besten bunten Jungtierfelle. Sie durfte öfter als ihre Geschwister sein Zimmer betreten. Es kam vor, daß Mr. Thomson gar nicht abgeneigt war, stolz auf seine Tochter zu sein.

Daß Mary aber die Tochter eines weißen Vaters war, verursachte ihr und der Mutter viel Kummer. War sie doch schon erwachsen. So manches Mal sprach die Mutter mit ihr über die Ehe. Darüber konnten sie

nur unter sich sprechen. Charlie wollte gar nichts davon hören. Mutter und Tochter konnten den weißen Mann nicht begreifen.

Muß denn nicht auch ein weißer Mann versehen, daß ein erwachsenes Mädchen einen Mann, den Vater ihrer Kinder, braucht? Mußte denn nicht jedes Mädchen danach streben, Mutter zu werden? Wuchs sie denn nicht dafür heran? Und weshalb verstand er r weiße Gatte und weiße Vater das nicht? Mr. Thomson hatte darüber seine eigenen Gedanken. Er liebte seine schöne Tochter, und es war ihm bei weitem nicht gleichgültig, wen sie heiraten würde. Er ließ den Gedanken gar nicht aufkommen, daß ein Einheimischer sein Schwiegersohn werden könnte.

Von den Kindern waren nur Mary und der Knabe Ben seine eigenen, die übrigen von seinen Freunden. In ihnen war kein Tröpfchen weißes Blut. Mary mußte vermählt werden. Aber mit wem? Es gab keinen angemessenen Bräutigam für Mary an der ganzen Küste. Es sei denn, daß einer der Seeleute die Küste anliefen, sie als seine Frau mitnähme. Wer aber würde ein Mädchen, das die Sprache nicht kannte, nach Amerika mitnehmen? ein Mädchen, das keine Ahnung davon hatte, wie sie sich in gebildeter Gesellschaft benehmen mußte?

Amerikanische Seeleute von den Walfängern und Schmugglerschiffen hatten Sinn für vorübergehende Liebesabenteuer. Sie befreundeten sich mit den Mädchen, aber jedesmal, wenn das Schiff abfuhr, verließen sie sie. Mr. Thomson wußte, wie diese vorübergehenden Ehen endeten. Einige der Frauen stürzten sich vor Verzweiflung von den Felsen hinunter.

Auch Mary und die Mutter wußten das. Mary wollte keinen weißen Mann. Selbst der nächste Mensch unter den Weißen, ihr Vater, der sich für immer an der Küste niedergelassen hatte, rief in ihr keine freundlichen Gefühle wach. So war sie von der Mutter erzogen.

Mr. Thomson hatte heimlich beschlossen, einen Seemann auszusuchen und ihn zu überreden, seinen Handel weiterzuführen, nachdem er ihn mit Mary verheiratet hätte. Er würde Mary sogar mit einem alten Mann verheiratet haben, wenn er nur ein Weißer war. Aber in all den Jahren, seit Mary erwachsen war, hatte sich kein passender Bräutigam gefunden.

Alle Freundinnen Marys aus Loren und den anderen Siedlungen waren bereits richtige Frauen und hatten Kinder. Mary kannte dieses Glück nicht. Sie wußte nicht, was sie erwartete. So wurde sie finster, böse und unehrerbietig gegen den Vater.

Die Mutter dachte im Stillen: Jarak ist ein guter, kräftiger Jäger. Es wäre gut, wenn Mary ihn heiratete, aber er ist ja kein Weißer. Im Laufe von zwanzig Jahren hatte sie sich daran gewöhnt, sich ohne Widerspruch zu fügen und immer zu schweigen. So sprach sie auch nie mit ihrem Mann darüber. Sie wartete immer darauf, was Charlie sagen würde.

Aber der saß in seiner Kammer, und was er dort für sich dachte, wußte keines der Familienmitglieder. Charlie war ungesellig. Mit den Einheimischen sprach er nur geschäftlich. Er begnügte sich mit lautlosem Zwiesgespräch mit seinen Papieren. Waren denn die Papiere, die auf den Regalen in seiner Kammer standen, besser als richtige Menschen?

Ruhtyna ärgerte sich über diese Blätter, und wenn sie das Zimmer aufräumte, schlug sie haßerfüllt mit dem Staublappen auf diese „lautlos sprechenden Papiere“.

Es war ihr lieber, wenn Charlies Blick auf einer jungen Einheimischen ruhen blieb. Dann wurde er doch zum Menschen. In seinen Augen regte sich Leben. Er, der sonst nicht zu lächeln verstand, öffnete plötzlich seinen mit eisernen Zähnen gefüllten Mund. Er rief die Frau herein und schloß die Tür ab. Wenn sie fortging, nahm sie ein Päckchen Kaugummi mit. Charlie konnte sehr groß-

zünftig sein. Manchmal schickte er dem Mann der Frau ein ganzes Päckchen Patronen mit.

Und an der Küste, in den Siedlungen der Tschukttschen, kamen plötzlich weiße Kinder zur Welt. Sie waren sehr verschieden von den anderen Kindern, aber sie erfreuten sich nicht nur bei den Eltern, sondern auch bei den übrigen Einwohnern großer Liebe. Die Menschen freuten sich über die Geburt eines jeden Kindes und fragten nicht danach, wessen Sohn oder Tochter es war. War es denn nicht gleichgültig? Wichtig war, daß das Kind ein Jäger, ein richtiger Mensch wurde. So dachten alle, und Charlie wußte das sehr gut. Er nahm sogar den von allen verlassenen und ausgestoßenen Knaben Jarak zu sich.

YYIV
 An der Küste wütete eine Seuche. Ein böser Geist, sagten die Leute; hätte seine Wohnstatt in der Siedlung Kamenej aufgeschlagen. Die Menschen stiechen dahin. Sie hatten nicht die Kraft, sich zu bewegen, und erfrorren in den kalten Schlafzeiten. Sogar die Schamanen wurden zu steinharten Leichen.

In der Jaranga waren alle gestorben. Nur der Knabe Jarak war übriggeblieben. Er erschrak und lief in die benachbarte Jaranga. Auch hier lagen kalte, wie aus Stein gehauene Menschen. Wie sehr er sie auch rief, sie antworteten nicht. Entsetzen packte ihn. Er lief von einer Jaranga in die andere, aber überall schwiegen die Menschen. Eine tote Siedlung.

An der Meeresküste entlang ging Jarak, ohne zu wissen, wohin er sich wenden sollte. Er lief umher und nagte an gefrorenem Robbenfleisch. Endlich fanden ihn Jäger und nahmen ihn in ihre Siedlung mit. Als er aber erzählte, was ihm geschehen war, erschrecken alle. Der Knabe brachte den bösen Geist mit sich! Sie gaben ihm Vorrat mit und sagten ihm, er solle weiterziehen. Und wohin er auch kam, überall baten sie ihn, fortzugehen.